



Ausstieg?

Mit der dringender werdenden Frage nach einer Reduzierung von Klimagasen wird auch der Gedanke an die Kernkraft wieder wach. Droht ein Ausstieg aus dem Atomausstieg?

Ausschluss ...

Wenn im Zuge der Endlagersuche in einem halben Jahr der *Zwischenbericht Teilgebiete* vorgestellt wird, könnte der Standort Gorleben final aus dem Verfahren fallen. Ende gut?

Auseinander!

Die Anfänge des Gorleben-Widerstands waren geprägt von der Frage, wie gewalttätig Protest sein darf. Ein Ergebnis der Diskussionen war 1980 die Gründung der *KURVE Wustrow*.



**Wenn es der Weltgemeinschaft nicht gelingt,
die Pariser Klimaziele einzuhalten, dann sind
alle anderen Fragen, die die Menschheit hat, schlicht
und einfach nebensächlich und egal.**
Alexander van der Bellen österreichischer Bundespräsident

Der Winter ist jetzt abgeschafft, Australien brennt und die Polkappen schmelzen. Abgestumpft durch Meldungen von Kriegen, Atom- und Chemieunfällen sowie Naturkatastrophen, müssen erst unsere Kinder uns klarmachen, dass akut nicht nur die paradiesische Artenvielfalt dieser Erde, sondern dass vielmehr auch unsere eigene Art unwiderruflich vom Aussterben bedroht sein könnte. Fernab der existenziellen Auswirkungen sehen wir uns jedoch kaum genötigt, unsere auf Gier und grenzenlosen Konsum begründete Wirtschaftsordnung grundsätzlich zu überdenken. In Davos zeigt sich, dass die mächtigsten Länder dieser Erde noch nicht einmal zum Gegensteuern bereit sind. In Europa will man zumindest den „Green Deal“, aber werden es tatsächlich Digitalisierung, Elektro-SUV und Erneuerbare sein, die uns erret-



Martin Donat ist erster Vorsitzender der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg

ten, solange unser Energiehunger weiter so ungebremsst wächst? Wir werden die Antwort womöglich eher erfahren, als uns lieb ist.

Wo neue Lösungen gefragt sind, erwachen oft auch alte Dämonen wieder zum Leben. Die greise Atomindustrie, Technologie des moderigen, kalten Krieges, wittert noch einmal Morgenluft (hoffentlich zum letzten Mal). Weil es wirtschaftlich auch gar keinen Sinn mehr macht, neue Atomkraftwerke zu bauen, fragt man sich natürlich, was wohl dahintersteckt. Neben Rohstoffen, Energie und Technologie sind es leider vornehmlich Waffen, die über globale Geopolitik entscheiden. Und Naoto Kan, der durch die Fukushima-Katastrophe atomkritisch geläuterte Ex-Premier Japans, stellte bei seinem Besuch im Hamburger Atomhafen fest: „Atomkraft? Das ist immer auch die Bombe!“ Vor diesem Hintergrund und dem des Brexit erscheint das Festhalten Frankreichs an der Nuklearenergie in einem ebenso anderen Licht wie der Griff Polens und der Türkei nach dieser apokalyptischen Energie.

Und im Landkreis? Gibt es eine Fortsetzung der Veranstaltungsreihe der BI zur Endlagersuche, denn dieses Jahr wird der erste Auswahlsschritt erfolgen und die so genannten Teilgebiete bekannt gegeben. 40 Jahre nach 1004 und der „Republik Freies Wendland“ gibt es erstmalig eine Chance, dass Gorleben ausgeschlossen wird. Die BI rechnet sogar damit, jedenfalls dann, wenn alles mit rechten Dingen zugeht...

Impressum

43. Jahrgang

Ausgabe 1073
Januar, Februar 2020

Die Gorleben Rundschau ist ein kostenloses Informationsblatt der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V.

Kontakt

Rosenstraße 20, 29439 Lüchow
Telefon: 05841-4684

Mail und Internet

service@gorleben-rundschau.de
redaktion@gorleben-rundschau.de
www.gorleben-rundschau.de

Ältere Ausgaben

Ältere Ausgaben können von unserer Website heruntergeladen werden.

Verantwortlich (V.i.S.d.P.)

Andreas Conradt (ac)
Torsten Koopmann (kp)
Adresse wie vorstehend

Redaktion

Wolfgang Ehmke (we), Birgit Huneke (bh),
Axel Kahrs (ak), Torben Klages (tk), Nora
Krohn (nk), Wilma Wallat (ww)

Produktion

Layout: Andreas Conradt
Korrektur: Wilma Wallat

Druck, Papier, Farben

dieUmwelt Druckerei GmbH, Hannover
Recyclingpapier: Circle Silk Premium White
Farbe: Flint-Novavit F 900 EXTREME BIO



Weitere Text- und Bildrechte

wie namentlich gekennzeichnet

Copyright, Syndication



Mit dem nebenstehenden Symbol gekennzeichnete Artikel stehen unter einer Creative-Commons-Lizenz (CC). Sie dürfen bei Nennung des/der Autor/-in mit dem Zusatz „/Gorleben Rundschau“ frei verwendet (BY) und für unkommerzielle Zwecke (NC) unter gleichen Bedingungen weitergegeben werden (SA). Die Texte können unserer Website digital entnommen werden.

ACHTUNG: Bildrechte liegen bei den angegebenen Quellen.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben allein die Meinungen der Verfasserinnen und Verfasser wieder.

Urheber von Abbildungen, deren Quelle wir nicht ermitteln konnten, bitten wir freundlich um Kontaktaufnahme unter: redaktion@gorleben-rundschau.de

19. November

Die Lüneburger Anti-AKW-Initiative „Donnerstagsgruppe“ hat sechs Hinweisschilder auf dem Lüneburger Bahnhofsvorplatz angebracht, um darauf aufmerksam zu machen, dass der Atomausstieg aus 2022 noch längst nicht vollzogen sein wird. Jedes der Schilder weist auf einen Standort in der Umgebung Lüneburgs hin, an dem sich noch auf Jahre hinaus eine radioaktive Anlage oder ein Lager mit Atommüll befinden wird.

2. bis 13. Dezember

Mitglied Günter Hermeyer vertrat die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg während der Klimakonferenz in Madrid im internationalen Bündnis „Don't nuke the Climate“.



19.11.



29.11.



02. – 13.12.



12. – 14.12.

Nach dem überwältigenden Streik im September haben die Menschen Ende November erneut gezeigt, dass Klimaschutz DAS Gegenwarts- und Zukunftsthema ist! In ganz Deutschland gingen um die 630 000 Demonstrant/-innen für einen sozial-ökologischen Wandel und für echten und gerechten Klimaschutz auf die Straßen – auch in Dannenberg. Die BI Lüchow-Dannenberg hat einen Redebeitrag zum Thema Atom beige-steuert.

Meldung vom 29. November

Die Bundesgesellschaft für Endlagerung hat Mitte Dezember die „Tage der Standortauswahl“ in Braunschweig abgehalten. Neben vielen wissenschaftlichen Beiträgen gab es – auch für BI-Vertreter/-innen – die Möglichkeit, Fragen zu stellen und durch Redebeiträge kritisch die Stimme zu erheben. Erkenntnisse aus solchen Treffen, so BI-Sprecher Wolfgang Ehmke, fließen regelmäßig in Diskussionen, Pressemitteilungen und Artikel der BI-Medien ein.

Auch sei es wichtig, gegenüber den „Machern“ der Endlagersuche Präsenz zu zeigen.

Meldung vom 12. Dezember

28. Dezember

Widerstandsgruppen aus dem Wendland haben am Bahnhof Hitzacker eine Gedenkveranstaltung für den im November 2004 während eines Castortransports von La Hague nach Gorleben tödlich verunglückten französischen Aktivisten Sebastien Briat abgehalten. Sie stellen dabei einen Gedenkstein am Bahnhof auf und befestigten eine Gedanktafel an der Fassade des Gebäudes.

HINWEIS: 22. Februar

Am 22. Februar wird die Standortbenennung Gorlebens genau 43 Jahre zurückliegen. Die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg ab 15.30 Uhr an den legendären Fingerzeig des damaligen CDU-Ministerpräsidenten Ernst Albrecht auf Gorleben erinnern und zum aktuellen Stand der Endlagersuche Stellung nehmen. Im Anschluss präsentieren Studierende der TU Braunschweig und ihre Dozent/-innen ihr Mapping zur Erkundung von „emanzipatorischen Räumen“ im Wendland. Abgerundet wird die Veranstaltung durch den Gorleben-Film „Zwischenzeit“ aus dem Jahr 1985. Der dritte Film der Wendländischen Filmkooperative war aufgrund der Erzählweise damals eine Sensation.

**14.12.****28.12.****01.01.****22.02.****22.03.**

Wie seit vielen Jahren schon, hatte die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI) auf dem Weihnachtsmarkt am Gartower Schlosses einen Infostand aufgebaut und zudem gebrannte Mandeln verkauft. Die Präsenz bei solcherlei Veranstaltungen wird von Besucher/-innen äußerst positiv aufgenommen. Die Eigentümer des Schlosses, Familie von Bernstorff, sind seit Anbeginn der Auseinandersetzungen um den Endlager-Standort Gorleben eng mit der BI und dem wendländischen Widerstand verbunden.

► **Meldung vom 14. Dezember**

Mit dem Neujahrsempfang hat die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg traditionell das neue Jahr begrüßt. Auch am 1. Januar 2020 gab es einen kurzen Rückblick auf das vergangene Jahr und den Blick nach vorn auf die Herausforderungen und Veranstaltungen im 43sten Protestjahr.

Meldung vom 1. Januar

Am Sonntag, dem 22. März wird die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. ab 15 Uhr im Lokal „Trebeler Bauernstuben“ in Trebel ihre jährliche Mitgliederversammlung durchführen. Mitglieder erhalten rechtzeitig vorher eine schriftliche Einladung.

HINWEIS für 22. März

29. November

Opera meets Nature heißt ein Klimaprojekt, das der österreichische Heldentenor Andreas Schager ins Leben gerufen hat. Nach nur vier Wochen ermöglichte die eingeleitete Spendenaktion, einen Nibelungenwald mit 1600 Bäumen. Der Aktion wird in Wiesbaden über ein Hektar Fläche zur Verfügung gestellt, um Eichen und Weißtannen pflanzen zu können. Eine Esche als Symbol des Lebens und der Zukunft unserer Erde wurde bereits direkt neben das Hessische Staatstheater Wiesbaden gepflanzt.

18. Dezember

Die Bundesregierung hat den Entwurf eines „Geologiedatengesetzes“ gebilligt, das es den Behörden erleichtern soll, Daten über den tiefen Untergrund zu erlangen. Zudem vereinheitlicht es die Vorgaben für eine Veröffentlichung solcher Daten. Die Änderung ist vor allem für die Suche nach einem Atommüll-Endlager wichtig. Wenn im Herbst erstmals grobe Teilgebiete für die Suche benannt werden, sollen interessierte Bürger die Möglichkeit bekommen, in solche Daten Einsicht zu nehmen. Das Fehlen des Geologiedatengesetzes war unter anderem von der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI) immer wieder heftig kritisiert worden. „Eine Prüfung der Qualität des neuen Gesetzes steht allerdings noch aus“, ließ die BI verlauten.



Bundesamt
für die Sicherheit
der nuklearen Entsorgung

29.11.

18.12.

01.01.

Kurz vor Weihnachten ist das Buch „Widerständige Musik an unmöglichen Orten – 33 Jahre Lebenslaute“ erschienen. Mit 249 Seiten, 180 Fotos (fast durchgängig farbig), zahlreichen Dokumenten und Beiträgen von über 30 Autor/-innen ist dieser Bild- und Dokumentationsband sowohl ein Lesebuch als auch ein Bewegungs- und Geschichtsbuch. Als offene Musik- und Aktionsgruppe bringen die Aktivist/-innen überwiegend klassische Musik gerade dort zum Klingen, wo dies nicht erwartet wird: Auf Militärübungsplätzen und Abschiebeflughäfen, vor Atomfabriken und Raketen-depots, in Ausländerbehörden und an anderen menschenbedrohenden Orten. In die Debatte um Gorleben mischten sich die Musiker/-innen bereits zwei Mal ein: 1994 und 2009.

Meldung vom 18. Dezember

Mit dem Jahreswechsel ist das Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit (BfE) umbenannt worden: Seit dem 1. Januar heißt die Behörde nun Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung, abgekürzt BASE. Der neue Name bringt die Rolle der Aufsichts- und Genehmigungsbehörde besser zum Ausdruck. Und er trägt zu einer klareren Unterscheidbarkeit zu weiteren Akteuren im Themenfeld „Nukleare Sicherheit“ bei. Mit der Anpassung des Namens gehen keine Änderungen der gesetzlichen Aufgaben einher.

Meldung vom 1. Januar

► 15. Januar

Die bundesweite Anti-Atom-Organisation „ausgestrahlt“ hat die „Stiftung Atomerbe“ gegründet. Sie soll sicherstellen, dass die heute noch jungen Menschen, die die Last des Atomerbes tragen müssen, ihre Schutz- und Sicherheitsinteressen gegen nachlässige Atommüll-Politik verteidigen können – nicht nur jetzt, sondern auch in Zukunft. Deshalb, so die Idee, machen Anti-Atom-Aktive mit der Stiftung den nächsten Generationen ein finanzielles Vermächtnis: Die Generation, die den Atomausstieg in Deutschland erstritten hat, hinterlässt ihren Nachkommen finanzielle Mittel, die sie einsetzen kann, um zu erstreiten, dass bei der Lagerung des Atommülls die Sicherheit an erster Stelle steht. Weitere Informationen zur Stiftung unter www.ausgestrahlt.de



► 10.01.

► 15.01.

12.06.◀

ROBIN WOOD hat die Ökostromangebote von 1200 Anbietern unter die Lupe genommen und die Ergebnisse im „ROBIN WOOD-Ökostrom-report 2020“ veröffentlicht. Acht Angebote bewertet die Umweltorganisation als empfehlenswert. Mit seinen Ökostrom-Kriterien geht der ROBIN WOOD-Report weiter als die bekanntesten Ökostrom-Label, bei denen wirtschaftliche Verflechtungen für die Bewertung nur eine untergeordnete Rolle spielen. Der Ökostrom-report 2020 ist kostenlos online zu finden unter www.robinwood.de/oekostromreport-2020.

► **Meldung vom 10. Januar**

Am 12. Juni könnten sich im Berliner Olympiastadion bis zu 90000 Menschen zur größten „Bürger/-innen-Versammlung“ Deutschlands treffen, um Politik zu machen. Es geht bei der Veranstaltung „12062020olympia“ um den Einsatz für mehr Klimaschutz, gegen Rassismus und für Demokratie. Es ist geplant, die Teilnehmer live vor Ort mit ihren Smartphones Petitionen unterschreiben zu lassen und die verabschiedeten Online-Anträge direkt ans Parlament weiterzuleiten. Die Initiatoren „wollen die Probleme unserer Zeit zusammen mit den Teilnehmer/-innen des Events in die Hand nehmen und Lösungen in die Welt tragen.“

Die Initiatoren, das sind neben Luisa Neubauer, die als deutsches Gesicht der „Fridays for Future“-Bewegung gilt, „Scientists for Future“, „Entrepreneurs for Future“ sowie das Berliner Kondom-Startup Einhorn. Der größte Teil der Kosten für Stadionmiete und Technik ist bereits per Crowdfunding zusammengekommen: über zwei Millionen Euro. Weitere Informationen zur Veranstaltung gibt es unter www.startnext.com/12062020

HINWEIS: 12. Juni◀

Atomkraft – quo vadis?

Droht eine Renaissance der Atomkraft?

Ein Dossier zum Thema

Die Auferstehung begann vor gut einem Jahr, und sie begann im zeitlichen Umfeld des Beschlusses zum Kohleausstieg 2038. Für viele unerwartet tauchten in verschiedenen Medien Statements von Politiker/-innen und Industriebossen auf, die – mal mehr, mal weniger direkt – eine Rückkehr zur Nutzung der Atomkraft in Deutschland empfahlen. Auffällig dabei: Bis auf Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) und die Präsidentin des CDU-Wirtschaftsrats, Astrid Hamker – beide Verfechter eines steilen Wirtschaftswachstums und darum besonders an möglichst geringen direkten Kosten der Energiegewinnung interessiert –, begründeten alle anderen Rufer/-innen ihre Forderung pro Atomkraft mit dem Einhalten der Klimaziele und der vermeintlich günstigen CO₂-Bilanz. Es klingt fast nach Vereinnahmung, wenn VW-Chef Herbert Diess und Schrauben-Fabrikant Reinhold Würth ausgerechnet die Klimakrise als Argument pro Atomkraft ins Feld führen. Wolfgang Reitzle, früher BMW-Chef und jetzt Aufsichtsratsvorsitzender des Linde-Konzerns und Aufsichtsratsmitglied bei Axel Springer, schafft gar den Spagat zwischen Klima und Profit: „Die Kernenergie sollte weiter Bestandteil unserer Energiepolitik bleiben, weil nur sie grundlastfähig, billig und CO₂-frei ist.“

Derlei konfliktfördernde Statements versprechen Auflage und Einschaltquote in Zeitungen, Magazinen und Fernsehsendern. Und so ließen Schlagzeilen in BILD zum angeblich unnötigen Atomausstieg („Hysterie statt Politik“) und Artikel von Pro-Atom-Aktiven in anderen Medien nicht lange auf sich warten: *Die Welt*, das *Handelsblatt*, die *FAZ* – kaum ein als Leitmedium geltendes Blatt, das nicht – vor allem gedruckt, seltener online – über ein Comeback der Atomkraft spekulierte.

Ein Paukenschlag der positiven Pro-Atomkraft-Berichterstattung war Anfang Oktober ein Gastbeitrag von Rainer Klute in der Wochenzeitung *Die Zeit*. Klute ist Vorsitzender des Vereins *Nuklearia*, der sich mit rund 200 Mitgliedern für eine „nukleare Re-Alphabetisierung“ Deutschlands einsetzt. Dass sich Klute, der mit Atomkraft das Klima retten will, gern als Redner auf Veranstaltungen von den Klimawandel-Leugnern der AfD einladen lässt, ist da nur ein pikantes Detail.

Vorläufiger Höhepunkt der atomfreundlichen Berichterstattung war Ende des Jahres ein ungewöhnlich langer Artikel im Nachrichtenmagazin *Spiegel*. „Forscher erfinden das AKW neu. Rettet uns die Kernkraft vor dem Klimakollaps?“, fragte das Blatt auf dem Titel. Auf sieben Seiten feierte ausgerechnet der Redakteur, der noch vor neun Jahren der Atomindustrie die Leviten gelesen hatte, eben diese Atomindustrie als Retter des Klimas – ohne dabei auch nur eine neue Erkenntnis zu liefern. Kein Klimaforscher, kein Physiker, der eine bahnbrechend neue Entwicklung zu bieten hatte, kam zu Wort, sondern der Diplom-Psychologe und Autor von populärwissenschaftlichen Büchern Steven Pinkner, der, obwohl US-Amerikaner, auch im Beirat der *Humanisten* agiert. Die deutsche Partei fordert die Rückkehr zur Kernenergie. Pinkner, nur nebenbei, hat einen mächtigen Freund: Bill Gates. Der ist bekanntlich der Gründer von *Microsoft*, weniger bekanntlich auch Chef der Firma *Terrapower*, die mit kleinen, kompakten Reaktortypen der Atomkraft zu neuer Blüte verhelfen will. Dass Bill Gates zusammen mit seiner Frau Melinda eine Stiftung gegründet hat und just diese Stiftung verschiedenen Medien in Europa – auch dem *Spiegel* – mit Millionenbeträgen finanziell unter die Arme

greift, wird im Medienzirkus als zufälliges zeitliches Zusammentreffen zweier ansonsten unabhängiger Ereignisse gesehen. Ein artiges Dankeschön von *Terrapower* mit Einbindung des *Spiegel*-Titelblatts auf dem Twitterkanal der Firma folgte prompt.

Was deutsche Industriekapitäne und Politiker der zweiten Reihe alleine nie geschafft hätten, scheint durch den *Spiegel* jetzt fast ein Selbstgänger zu sein: Mittlerweile nämlich läuft längst eine Kettenreaktion aus Artikeln, Interviews, Kommentaren, die die Grenze Deutschlands lange überschritten hat. Die Aufforderung an andere Länder, die das deutsche Modell des nahezu gleichzeitigen Abschaltens von Kohle- und Atommeilern womöglich als Prototyp eigenen Handels sehen könnten: Seht her, ihr Völker, Deutschland schafft den gleichzeitigen Ausstieg nicht. Wer CO₂ reduzieren will, kommt an Kernenergie gar nicht vorbei.

Denn als „influential magazine“ wird der *Spiegel* weltweit wahrgenommen, und siehe da: Der Autor eines atomfreundlichen Artikels in der *Asia Times* vom 26. Januar ist ein gebürtiger Amerikaner, seit langem in Deutschland lebend und hier unter anderem Chefredakteur der Pro-Atom-Zeitschrift *Fusion*, die wiederum im Netzwerk der mindestens rechtspopulistischen LaRouche-Sekte erscheint. Und er bezieht sich, selbstverständlich, auf den *Spiegel*-Artikel von Ende Dezember.

Dass der Autor jenes siebenseitigen *Spiegel*-Berichts nur drei Wochen später einen ähnlich langen und ähnlich atomfreundlichen Artikel in der internationalen Online-Ausgabe des Nachrichtenblatts veröffentlichen durfte, mutet dagegen fast schon als harmlos an. Auch *Die Zeit* gilt in der internationalen Medienwelt als „einflussreich“ („influential“), und so war der Kommentar von *Zeit*-Ressort-

leiter Jochen Bittner Anfang Januar in der *New York Times*, mit dem er den deutschen Atomausstieg in Frage stellte, wenig überraschend. Solche Bezugnahmen ausländischer Medien auf Artikel im deutschen *Spiegel* schmeicheln nicht nur Verlag und Redaktion – eine zur Vermeidung von Einflussnahme eigentlich notwendige Trennung, die beim Hamburger Nachrichtenmagazin aber kaum noch erkennbar ist – sondern sie fördern durch permanente Medienpräsenz vor allem Bill Gates und dessen Firma *Terrapower*.

Weniger präsent sind derzeit Kritiker/-innen der Atomkraft und Nuklear- oder Klimaexpert/-innen, sei es, weil sie sich für faktenfremde Berichterstattungen über eine Renaissance der Kernkraft nicht hergeben mögen, oder weil ihre Leserbriefe – wie im Falle des Fragenkatalogs eines ehemaligen britischen Regierungsberaters an den *Spiegel* – nicht beantwortet oder zumindest veröffentlicht werden.

Noch immer halten links-intellektuelle Kreise den *Spiegel* für ein Sturmgeschütz der Demokratie und bejubeln die Ausgewogenheit der Berichterstattung, schließlich haben die Hamburger nur einen Monat nach dem langen Artikel im Heft einen Bericht mit leidlich grünem Anstrich in der – für die internationale Wahrnehmung belangloseren – Online-Ausgabe veröffentlicht. Gleichzeitig aber kam die Print-Ausgabe erneut mit einem positiven Artikel. Darin darf der 100-jährige „Vordenker der Umweltbewegung“ James Lovelock Fragen zur Atomenergie beantworten: „Viele Menschen haben Angst vor der Atomenergie, dabei ist die extrem sicher.“ Es seien durch den Atomunfall in Fukushima kaum Menschen zu Schaden gekommen. „Ich habe in den letzten Jahren zehnmal Krebs gehabt, das war gar nicht so schlimm. Wenn man einen guten Arzt hat, operiert der das, fertig.“

Unübersehbar ist schon jetzt das zeitliche Aufeinandertreffen von Ereignissen, das an ein choreographiertes Handeln atomfreund-

licher Kreise denken lässt. Beschluss zum Kohleausstieg, branchenfremde Finanzierungen einflussreicher Medien, faktenfreie, aber salbungsvolle Artikel – dass in dieser Choreographie auch die Medien, egal welcher politischen Ausrichtung und welcher Nation, eine nicht unerhebliche Rolle spielen könnten, darf zumindest nicht außer Acht gelassen werden. Das natürlich parallel zu anderer Lobbyarbeit der immer gleichen Player: Nach dem geplatzten Deal mit China aufgrund des amerikanisch-chinesischen Handelskriegs ist Bill Gates offenbar auf der Suche nach neuen Partnern für seine Laufwellen- und Flüssigsalz-Reaktoren. Jüngstes Beispiel ist ein Besuch des französischen EDF-Boss Jean Bernard Lévy in Seattle Mitte Januar – nur Tage, nachdem Frankreichs Umweltministerin Elisabeth Borne ein mindestens dreijähriges Moratorium für den Bau neuer Reaktoren verkündet hat.

Derzeit geben sich die deutschen Energieversorger zwar zurückhaltend. So schreibt der *Tagesspiegel*: „Das neue Firmenmotto der Stromversorger lautet: Atomkraft – nein danke! (...) Übereinstimmend lehnen die drei Betreiber *Eon*, *RWE* und *EnBW* (...) den Vorschlag ab, aus Klimaschutzgründen und wegen des Kohleausstiegs die Laufzeiten über 2022 hinaus zu verlängern. Sie sind nicht einmal bereit, sich auf eine Diskussion darüber einzulassen.“ Doch die Phalanx aus Wirtschaftspolitikern/-innen, Industriebossen und Medienhäusern könnte – beabsichtigt oder nicht – der Beginn einer Kampagne mit dem Ziel einer erneuten Laufzeitverlängerung der deutschen AKWs sein. Aus wirtschaftlicher Sicht wäre die mit den längst abgeschriebenen Altmeilern durchaus attraktiv: Allein das bayerische Kernkraftwerk Isar 2 könnte dem Betreiber jährlich 500 Millionen Euro Gewinn in die Kasse spülen, bei höherer Stromabnahme durch einen zügigeren Kohleausstieg auch deutlich mehr.

Gut möglich, dass Jochen Stay, Sprecher der bundesweiten Anti-Atom-Organisation *.ausgestrahlt* mit seiner Einschätzung richtig liegt: „Für die Stromkonzerne wä-

re es viel zu riskant, sich jetzt mit Forderungen nach Laufzeitverlängerungen aus der Deckung zu wagen. Sie warten lieber ab, wie sich die gesellschaftliche Debatte weiterentwickelt. Spannend wird es ja erst dann, wenn sie aus der Politik gebeten werden sollten, doch noch länger mit ihren AKW Geld zu verdienen.“

Doch auch von da kommt derzeit noch überwiegend Zurückhaltung, denn zum Wortführer möchte sich momentan noch niemand so richtig machen. Selbst der energiepolitische Sprecher der Unionsfraktion Joachim Pfeiffer, der keinen Hehl daraus macht, dass er den Atomausstieg nach Fukushima für falsch hielt, will es derzeit noch anderen überlassen, die Initiative zu ergreifen. Gegen-

über der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* sagte er: „Wenn es jetzt aber darum geht, aus Klimaschutzgründen wieder in die Kernenergie einzusteigen, muss die Initiative von den Grünen

und Linken ausgehen. An mir und an der Unionsfraktion wird es nicht scheitern.“ Das Zurückrudern vor allem der Grünen wäre eine Genugtuung für die Schwarzen.

Mit Einschätzungen gegen die aktuelle Häufung von atomfreundlichen Artikeln haben sich jetzt drei ganz unterschiedliche Akteure zu Wort gemeldet: Einerseits kritisiert der Politologe und TV-Journalist Oliver Neß im *Verdi-Magazin M* den erwähnten sachlich falschen Bericht im *Spiegel* (siehe S. 10). Andererseits ordnet Michael Sailer, Diplom-Ingenieur für Technische Chemie und anerkannter Nuklear-experte, in einem Exklusiv-Interview für die *Gorleben Rundschau* die politischen und technischen Aspekte eines Ausstiegs vom Ausstieg ein (S. 14). Und schließlich weist auch der Präsident des Bundesamtes für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung, Wolfram König, die Behauptungen in der Berichterstattung zurück (S. 13). (ac, we)



Spiegel-Gate(s)

Medien Grad mal seit einem guten halben Jahr fließt das Geld aus Seattle in die Hamburger Hafencity, von der Stiftung des milliarden schweren Atominvestors Bill Gates zum vom Auflagschwund gebeutelten „Spiegel“: Als die Zeitschrift kurz vor dem Jahreswechsel den Slogan „Atomkraft? Ja bitte“ auf dem Titelblatt druckt (51/2019). Und dann noch exklusiv vermeldet, dass „Forscher das AKW neu erfinden“. Von Oliver Neß, zuerst erschienen am 8. Januar 2020 bei mmm.verdi.de

Auf sieben Seiten wird im Weiteren die Möglichkeit einer „Renaissance der Kernenergie“ mittels angeblich neuartiger „Kernreaktoren der Zukunft“ skizziert. Nachdem der Atomausstieg hierzulande als „deutscher Irrweg?“ hinterfragt und als „eingehandelte Erblast“ klassifiziert ist, wird es regelrecht prosaisch: „In einer Welt, die den Klimawandel als Apokalypse beschreibt, wandelt sich die Atomkraft vom Teufelswerk zum rettenden Geschenk der Natur.“ Zwar räumt der „Spiegel“-Autor frühere Probleme mit dem „Geschenk der Natur“ ein: sind die bisherigen Atommeiler doch teuer, hinterlassen Unmengen strahlenden Mülls, der eine oder andere ist gar explodiert. Doch das alles war gestern – denn es gebe im Labor nun Atomreaktoren, die all die Nachteile angeblich nicht haben. Und diese Meiler kämen nicht zuletzt aus dem Hause Gates.

Der neue „Spiegel“-Sponsor scheint im Zuge der Klimadiskussion für sein schon ein Jahrzehnt eher dümpelndes Nuklear-Start-Up „Terrapower“ Morgenluft zu wittern. Assistent von dem altgedienten „Spiegel“-Autor. Der höchst selbst hatte vor neun Jahren – damals finanzierte Gates das hanseatische Medienhaus noch nicht – schon einmal über derlei „innovative Kleinreaktoren“, einen „neuen Reaktortypus“, berichtet, auch von Gates „Terrapower“. Seinerzeit mutmaßte der Journalist noch geradezu argwöhnisch: „Die Atomkraftbranche will sich mit zivilen Mini-Meilern in die Zukunft retten.“ Das war 2010. Heute legt sich derselbe Schreiber sogar in einem den neuen Artikel online ergänzenden, durchweg mit Animationsmaterial von Gates' Firma „Terrapower“ bebilderten Videostatement persön-

lich ins Zeug: „Ich glaube, es liegt eine Chance in der Kernenergie, die auch Deutschland nicht auf alle Zeit ungenutzt lassen sollte.“ Auch die Schlagzeile „Forscher erfinden das AKW neu“ ignoriert den Artikel aus dem Jahr 2010.

► Neue Herausforderung für Spiegel-Autoren

Fachleute wie Astrophysiker Harald Lesch, der im ZDF die Sendung „Terra X“ präsentiert, sagen über die „neuen AKW“: „Das ist natürlich Teufelstechnik.“ Die überdies nicht neu sei, so auch Reaktorexperte Christoph Pistner vom Darmstädter Öko-Institut: „So eine Welle an Schlagzeilen kommt leider immer wieder. (...) Die meisten der Konzepte wurden bereits in den 40er, 50er und 60er Jahren des letzten Jahrhunderts diskutiert.“ Der „Spiegel“ lässt aktuell sogar jenen Physiker Pistner zu Wort kommen, aber grad nicht zu den vermeintlich „neu erfundenen“ Reaktoren – er hätte wohl die fetzige Schlagzeile zu nichtegemacht. Ein offenbar seit Langem eingeübtes Verfahren der Hamburger Zeitschrift! Schon 1959 hat darauf der Publizist Hans-Magnus Enzensberger hingewiesen: „Sein (des „Spiegels“, d. Red.) Verfahren ist im Grunde unredlich (...). Zwischen der simplen Richtigkeit der Nachricht, die er verschmäht, und der höheren Wahrheit der echten Erzählung, die ihm verschlossen bleibt, muss er sich durchmogeln. Er muss die Fakten interpretieren, anordnen, modelln, arrangieren: aber eben dies darf er nicht zugeben.“ (erschienen bei Suhrkamp 1964 „Einzelheiten I – Bewußtseins-Industrie“) Das musste der „Spiegel“ zuletzt dann allerdings doch: Nach Dutzenden in den vergangenen Jahren nachweislich „modellierten“ oder auch handfest gefälsch-

ten Berichten blieb keine andere Wahl mehr. Sodass hernach eine Art Kodex für „Spiegel“-Schreiber eronnen wurde, dessen Ziffer 1 – leicht befremdlich, weil eigentlich eine Selbstverständlichkeit – für die Zeitschrift im 73. Jahr ihres Bestehens nun festlegt: „Die Geschichte muss stimmen.“ Und in Ziffer 3 noch fordert: „Wesentliches darf nicht weggelassen werden.“ Diese offenbar für den Spiegel neuen Anforderungen vollends zu erfüllen, daran wird an der Hamburger Ericusspitze augenscheinlich noch geübt.

► Der Gates-Vertraute als Atommüll-Experte

Und mehr noch: Auch der zentrale Kronzeuge des „Spiegel“ für die atomare „Renaissance“ ist mindestens überraschend – er ist nicht etwa Physiker, sondern ein Psychologe. Der auf mehr als einer Seite das Wort erhält. Unerwähnt bleibt dabei, dass „Spiegel“- und Atomkraft-Sponsor Gates just diesen Psychologen, Steven Pinker, regelmäßig öffentlich feiert – als „brillanten Denker“ oder Autor des „favorite book of all time“, welches Gates selbst aktiv bewarb und vertrieb, indem er es zum Download anbot. Und just dieser Erforscher des Seelenlebens gibt nun im „Spiegel“ den Universalgelehrten: „Finnland wird mit dem weltweit ersten Endlager zeigen, dass die Lagerung in unterirdischen Stollen sicher sein kann“, weiß Psychologe Pinker weltexklusiv das Atommüllproblem gelöst. Tatsächlich haben die Gesteinskammern im hohen Norden nach Betreiberangaben noch nicht einmal eine Betriebsgenehmigung.

Zudem räumt der „Spiegel“ Psychologe Pinker noch Platz ein, um die von Nuklearinvestor Gates fi-

nanzierten „kompakten und günstigen Reaktoren“ zu empfehlen – und zu spekulieren: „Wenn die Deutschen sehen, dass die Versprechen der erneuerbaren Energien nicht aufgehen, und gleichzeitig kompaktere und günstigere Kernreaktoren marktreif werden, dann kann der Anti-Atom-Konsens schnell wieder infrage stehen.“

► **Mit kreativen Erlösquellen gegen den Auflagenschwund**

Für die Entwicklung der „kompakten und günstigeren Reaktoren“ hat Gates nach „Spiegel“-Angaben bereits eine halbe Milliarde Dollar investiert. Ganz so viel Geld

lässt der spendable Amerikaner für den „Spiegel“ dann doch nicht springen, wenngleich die Zuwendung aus Übersee durchaus im Millionenbereich liegen soll, heißt es im Verlag in der Hafencity hinter vorgehaltener Hand. Gates' milde Gabe finanziert dem Hamburger Medienhaus nach dessen Angaben die Arbeit einer damit eigens geschaffenen Abteilung namens Globale Gesellschaft. Die „neuen Stellen stärken unsere Auslandsberichterstattung“, frohlockte man beim „Spiegel“ zum Start. Ahnte aber schon, dass die Finanzspritze des amerikanischen Atomenthusiasten delikats sein kann: Einer der Redaktionschefs beteuerte umgehend mit

der Veröffentlichung des Geldsegens aus Seattle, dass „die redaktionellen Inhalte ohne Einfluss durch die Stiftung entstehen“.

► **Wenn ein Pharmakonzern den Inhalt liefert**

Derweil geht die Trennschärfe zwischen werblichen und redaktionellen Inhalten in den „Spiegel“-Medien auch anderenorts verloren, monieren langjährige Mitarbeiter intern: Ein Verkaufsteam des Medienhauses offeriert inzwischen Kunden begehrte redaktionelle Flächen, zur weitgehend freien Gestaltung des Geldgebers. Der Fachjargon spricht vom „Native Advertising“, die einstigen Werbekunden werden nun zu smarten „Content Partnern“. Deren Beiträge sind für den Leser kaum von den Redaktionseinhalten unterscheidbar.

Zuletzt führte ein Podcast des Pharmariesen BMS in nahezu identischer Aufmachung wie die hauseigenen Audioproduktionen sogar in der ansonsten wenig rebellischen „Spiegel“-Redaktion zu dezenter Verstimmung: „Mir gefällt es (...) nicht, wenn ich auf ‚Spiegel Online‘ gucke und dann ist da ein Artikel von einem großen Pharmakonzern und wir lernen jetzt, wie die Krebsmittel herstellen, mitten auf unserer Seite. Also macht mir das auch ein bisschen Sorgen. Ich möchte gern, dass Du uns (das) einmal genau erklärst ...“, forderte eine ehemals leitende Redakteurin in der Betriebsversammlung am Jahresende vom zuständigen „Leiter der Produktentwicklung“. Der blieb vor großem Publikum besser vage – und merkte laut Protokoll vielsagend an: „Dir ist klar, dass das jetzt ziemlich tief führt in die Geschichte des Content-Marketings.“



Spiegel-Gate(s)

Die „M“-Kolumne „Spiegel-Gate(s)“ vom 8. Januar 2020 hat ein bundesweites Echo erfahren, mehrere Medien berichteten. Aufgrund dieser Medienreaktionen hat Autor Oliver Neß am 14. Januar 2020 eine Ergänzung zur Kolumne online gestellt.

Der „Spiegel“ äußerte sich auf Anfrage gegenüber Redaktionen und Einzelpersonen zur Kolumne von Oliver Neß auf M Online. In einer über Twitter verbreiteten „Stellungnahme“ sagt der Spiegel: „Die Vorwürfe sind absurd.“ Dann zitiert er weitgehend aus seiner Pressemitteilung vom 10. April 2019. Diese wurde auch in der M-Kolumne bereits als Spiegel-Position wiedergegeben: die Gates-Gelder „unterstützten“ das Ressort Globale Gesellschaft, der Vertrag über die Zuwendungen schloss eine Einflussnahme des Geldgebers aus, kritische Recherche und journalistische Unabhängigkeit des Spiegel würden durch die Kooperation nicht beeinträchtigt. Wir haben diesen Teil nun mit der PM nachträglich verlinkt, am Text aber nichts verändert.

Autor Neß erklärt: „Die Kolumne erhebt – anders als der Spiegel es darstellt – keinen Vorwurf, stellt aber sehr wohl die Parallelität von namhaften Geldzuwendungen eines Atominvestors und einem Artikel zur Atomkraft dar, in dem nach Beurteilung von Wissenschaftlern Darstellungen unzutreffend sind.“

Der Spiegel nimmt in seinen Reaktionen nicht zum zentralen Gegenstand der M-Kolumne Stellung: den sachlich fragwürdigen Darstellungen im Artikel „Atomkraft-Ja bitte“ und der Veröffentlichung des Podcasts eines Pharmakonzerns in nahezu identischer Aufmachung wie die Spiegel-Audioproduktionen – die sogar Spiegel-Mitarbeiter/-innen hinterfragen, wie M vorliegende Spiegel-Protokolle belegen.

Neß: „Der Spiegel erklärt bislang leider weiter nicht

– seine Schlagzeile „Forscher erfinden das AKW neu“ – was von renommierten Wissen-



Politologe und Journalist Oliver Neß weist auf das zeitliche Zusammentreffen von Zahlungen der Bill & Melinda Gates Foundation an den SPIEGEL mit atomfreundlicher Berichterstattung in dem Magazin hin.

schaftlern bestritten wird.

– die Aussage des Spiegel-Autors im Videostatement: „Die Atomkraft ist eine Energie, die klimaneutral ist“ – was von renommierten Wissenschaftlern bestritten wird.

– den Artikel des Spiegel-Autors von 2010 (als Gates den Spiegel noch nicht förderte) über das weitgehend identische Thema mit anderem Tenor und sachlich korrekten Darstellungen

– den Sachverhalt, dass bei der ausführlichen Präsentation des Spiegel-Kronzeugen für die „Renaissance der Kernenergie“ dessen über zwei Jahrzehnte währende Beziehung zu Spiegel- und Atomkraft-Förderer Gates nicht kenntlich gemacht wird.“

Unterdessen empfiehlt Gates' Nuklearfirma ‚Terrapower‘ die Lektüre des Spiegel-Artikels auf Twitter: „TerraPower is one of a growing number of startups raising new hopes for the power of the atom. Thank you to Der Spiegel

International for including us in its look at next-gen nuclear. Check out P. B.s article for a closer look at our technology.“

Das von M-Autor Neß 2011 mitgegründete Hamburger Literaturfestival „Lesen ohne Atomstrom“ kündigt derweil an, im nächsten Programm das Thema mit einer eigenen Veranstaltung zu beleuchten. Festivalvorstand Frank Otto, Medienunternehmer und Vorstand des Hamburger Presseclubs, sagt: „Dass der Spiegel einen Text, der auf der fachlichen Ebene keine relevant neuen Erkenntnisse liefert, in dieser Breite und Prominenz platziert hat, mutet bizarr an. Wir haben unsere Programm-Macher beauftragt, eine Veranstaltung unter dem Arbeitstitel ‚Fantasie und Fake? – oder: Enzensbergers Sprache des Spiegel‘ zu konzipieren. Herr Enzensberger hat uns dankenswerter Weise die Rechte für eine Lesung aus seinem Werk eingeräumt, ergänzend laden wir Autoren und Medienwissenschaftler ein.“



„... wissenschaftliche Distanz wahren!“

BASE-Präsident Wolfram König positioniert sich gegen eine Atom-Renaissance

Absage Mit einem Leserbrief hat Wolfram König, Präsident des Bundesamtes für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE), Stellung bezogen zum Artikel „Strahlend grün?“, der Mitte Dezember im Spiegel erschien. Wir drucken die ungekürzte Version, die zuvor auf der Website des BASE veröffentlicht wurde.

„Ich habe mir in Karlsruhe sagen lassen, dass der gesamte Atom-müll, der in der Bundesrepublik im Jahr 2000 vorhanden sein wird, in einen Kasten hineinginge, der ein Kubus von 20 Meter Seitenlänge ist.“ Dieser vielzitierte Satz stammt vom Physiker Carl Friedrich von Weizsäcker, geäußert 1969. Der Satz zeigt, beabsichtigt oder unbeabsichtigt, eine auffallende Ähnlichkeit mit einer Aussage (des) Artikels „Strahlend grün“ (aus dem Spiegel, Anm. d. Red.): „Der hoch radioaktive Atommüll, den Deutschland künftig endlagern muss (...), (würde) in einen großen Möbelmarkt passen“.

Der Artikel feiert vermeintlich neue Technologien der Zukunft und bedient sich dabei erstaunlicherweise alter traditioneller Instrumente der Atomenergiebefürworter: Große Versprechen als bequeme und willkommene Antworten auf drängende Umweltfragen unserer Zeit. Die differenzierte und unbequemere Wahrheit war natürlich nur schwer abzubilden. Denn im Artikel kommen überwiegend Akteu-

re zu Wort, die ein bekanntes Interesse mit den beschriebenen neuen Reaktortypen verfolgen.

Die wirklich wichtigen Fragen bleiben offen, wie zum Beispiel:

Wie soll man Sicherheitsversprechen glauben, die in der gleichen Tradition mit Harrisburg, Tschernobyl und Fukushima stehen?

Wie kann der hochgefährliche radioaktive Abfall, der bereits vorhanden ist und durch den Einsatz dieser Technologie weiter entsteht, sicher aufbewahrt werden?

Wer kümmert sich um die gesundheitlichen und umweltbedingten Folgekosten, die bei der Gewinnung des Brennstoffs und dessen Verarbeitung entstehen?

Sind unsere Gesellschaften achtsam und stabil genug für Technologien, die gleichzeitig die Basis für die nukleare Bewaffnung darstellen können?

Sicherheit gewährleisten heißt unter anderem, offen alle Risiken zu benennen und nach Alternativen zu suchen. Dabei sollten wir uns weder von Technikeuphorie noch von Technikfeindlichkeit leiten lassen, sondern wissenschaftlich-nüchterne Distanz wahren.

Der auf der Wissenschaftsseite veröffentlichte Artikel ist offenbar von einem anderen Interesse geleitet und blendet entscheidende Aspekte aus. Als ein Beispiel sei genannt: Der Ausstieg aus der Nutzung der Atomkraft war eine Voraussetzung für die seit 2017 begonnene Suche nach einem sicheren Ort für die Hinterlassenschaften der Atomtechnologie. Die Atommüllmengen sind begrenzt. Endlagerung wird nicht länger als ein Garant für den Weiterbetrieb einer Technologie gesehen, die die Gesellschaft tief gespalten hat. Diese alten Narben aufzubrechen blockiert jedenfalls die Suche nach drängenden Antworten auf Sicherheitsfragen unserer Zeit, statt sie voranzubringen.



„Das sind keine neuen Konzepte!“

Nuklearexperte Michael Sailer über die Wahrscheinlichkeit einer Laufzeitverlängerung von AKWs

Interview Seit 1975 befasst sich Michael Sailer mit Fragen der Kernenergie und gilt heute als einer der profiliertesten Kritiker der Atomkraft. Dennoch war er unter anderem Mitglied der Reaktorsicherheitskommission und des Scientific & Technical Committee von EURATOM sowie Vorsitzender der Entsorgungskommission und Vertreter der Wissenschaft in der Endlagerkommission. Seit 1980 arbeitete Sailer überwiegend als Gutachter und Sachverständiger im kerntechnischen Bereich. Tätigkeitsschwerpunkte dabei waren Fragen der Entsorgung und Endlagerung, der Sicherheit kerntechnischer Anlagen, der Weiterverbreitung von Kernwaffen sowie Fragen zu Nuklearanlagen im benachbarten Ausland und in Osteuropa. Wolfgang Ehmke sprach mit Sailer über die Gefahr einer Renaissance der Atomkraft.

▷ Wenn als seriös geltende Zeitungen sich neuerdings wieder des Themas Atomkraft annehmen, bilden sie dann eine echte, aktuell geführte Debatte ab? Kippt die Anti-Atom-Stimmung, weil die Erderwärmung das größere Problem ist, oder geht es schlicht um kleine Provokationen, um Stimmungsmache zur Steigerung der Verkaufszahlen?

Aus meiner Sicht geht es um Letzteres. Zur Atomkraft gehört nicht nur die Liebe zu ihr, sondern auch viele Milliarden Euro, die dann zu investieren wären. Es müsste also kapitalkräftige Energieversorgungsunternehmen geben, die wieder auf Atomkraft setzen, und die sehe ich in unserem Land nicht. Neben den reinen Kosten sind auch die Aufwendungen für ein Genehmigungsverfahren, das sicher viele Jahre dauern würde und mit vielen Sicherheitsfragen befrachtet sein würde, für potenzielle Interessenten nicht gerade

motivierend, um nicht zu sagen abschreckend.

▷ Was ist dran an der „Renaissance der Atomkraft“? Wird das letzte AKW in Deutschland 2022 abgeschaltet oder kommt doch noch – wenn auch ein kleiner – der Ausstieg aus dem Ausstieg?

Für den Betrieb sind eine konkrete Menge an Brennelementen nötig, und der Kauf des Urans, die Anreicherung und die Brennelementherstellung müssen mehrere Jahre vor den Einsatz veranlasst werden. Nach meiner Kenntnis haben die deutschen Energieversorgungsunternehmen keinen Brennstoffherwerb getätigt, der einen Betrieb über die gesetzlich vorgeschriebenen Endpunkte 2021 beziehungsweise 2022 hinaus ermöglicht. Ein Rückgriff auf Brennelemente für andere ausländische Reaktoren ist praktisch nicht möglich, da fast jedes AKW unterschiedliche technische und

nuklearphysikalische Detailanforderungen hat. Solche Brennelemente passen dann einfach nicht. Möglich wäre höchstens ein ein paar Monate verlängerter Stretch-Out-Betrieb mit den vorhandenen Brennelementen. Aber selbst für den wäre eine explizite Änderung des Atomgesetzes nötig, für den ich derzeit keine Mehrheiten im Bundestag sehe.

▷ Wie sieht es in Europa aus? Das EU-Parlament hat gerade die Atomenergie als nicht nachhaltig eingestuft, also eine hohe Hürde in Fragen der Investitionen errichtet. Oder bestimmen letztlich die Franzosen als Atomstreitmacht und Befürworter der Atomkraftnutzung die Debatte in der EU?

Der Entscheidung des EU-Parlaments ist ein langer und intensiver Kampf hinter den Kulissen vorausgegangen, bei dem sich „die Franzosen“ offensichtlich nicht durchgesetzt haben. Für Frank-

reich bleibt natürlich das Interesse, die eigene finanziell marode Atomindustrie irgendwie aus der Kostenfalle zu manövrieren; allerdings würde nach den Disaster-Projekten in Finnland und in Flamanville sowieso niemand mehr AKWs französischer Produktion kaufen.

► Rettet Atomkraft das Klima?

Das Weltklima hängt wesentlich von der Freisetzung von CO₂ und anderen Treibhausgasen ab. AKWs können nur kleine Teile der CO₂-Emissionen vermeiden. Die großen Reduzierungen sind nur durch andere Maßnahmen zu erreichen. Ein wiederbelebter Traum der klimarettenden AKW kann aber politisch und psychologisch verhindern, dass die wirklich großen Reduktionsmöglichkeiten für Treibhausgase energisch genug angepackt und weitergeführt werden.

► Wie sind die „neuen“ Reaktorentwicklungen der US-Firma Terapower, von denen der Spiegel berichtet, einzuschätzen? Gibt es inhärent sichere Atomkraftwerke, die auch noch den Atommüll „verspeisen“?

Das sind keine neuen Konzepte, sondern ein Wiederaufkochen von Konzepten, die erstmalig in den 1950er-Jahren aufgetaucht sind und vor zwei Jahrzehnten im Rahmen der „Generation IV“

erneut propagiert wurden. Es gibt aber bis heute kein einziges funktionsfähiges Exemplar eines solchen Reaktors. Dies ist entscheidend, weil die Rentabilität einer solchen Anlage nicht von der Prinzipskizze, sondern von der realen Betriebsfähigkeit abhängt. Nur die interessiert potenzielle Investoren für konkrete Reaktoren. Im Weiteren wird ja argumentiert, dass diese Reaktoren viel kleiner sind. Aber dies bedeutet auch, dass viele tausend solcher Reaktoren gebaut werden müssten, um merklich zur Elektrizitätsversorgung beizutragen. Die Kosten pro Reaktor sind bisher auch nicht geklärt; die Proponenten rechnen immer so, dass praktisch keine Investitionen in Sicherheitssysteme gemacht werden.

Das Verspeisen von Atommüll wird von den Proponenten wider besseres physikalisches Wissen behauptet. Der Großteil der in einem solchen Reaktor erzeugten Energie entsteht durch Kernspaltung. Damit ist physikalisch untrennbar die Produktion von radioaktiven Spalt- und Aktivierungsprodukten verbunden, die im vorgeschlagenen Reaktorprozess nur in kleinerem Umfang wieder „verbrannt“ werden. Es bleibt also eine Menge Atommüll. Bei Unfällen, Bränden zum Beispiel, kann aus einem solchen Reaktor ein großer Teil der darin enthaltenen radioaktiven Stoffe in die Umwelt freigesetzt werden.

► Stimmen pro Atomausstieg

„Der Atomausstieg macht unser Land sicherer. Und er hilft, radioaktiven Abfall zu vermeiden, der 30 000 künftige Generationen belastet. Im Vergleich zur Laufzeitverlängerung von 2010 vermeidet der 2011 beschlossene Atomausstieg radioaktive Abfälle in einer Größenordnung von rund 500 Castor-Behältern. Der Atomkonsens steht felsenfest, der Atomausstieg geht planmäßig voran. Gerade in Zeiten, in denen einzelne die Atomkraft als vermeintlichen Klima-Retter propagieren, ist es wichtig zu betonen: Die Atomkraft löst kein einziges Problem, aber sie schafft neue Probleme für eine Million Jahre. Der Atomkonsens bietet der deutschen Energiewirtschaft seit acht Jahren Verlässlichkeit und Planbarkeit. Er ist auch die Grundlage, um zu einer tragfähigen Lösung der Endlagerfrage zu kommen.“ *Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD)*

„In Deutschland hat es über Jahrzehnte einen gesellschaftlichen Großkonflikt gegeben über die Nutzung der Atomenergie, den wir mit dem Ausstieg befrieden. Nach den Erfahrungen von Tschernobyl und Fukushima sind die richtigen Schlussfolgerungen getroffen worden.“ *Wolfram König, Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE, bisher BfE)*

„Die Kernenergie ist weder sicher noch nachhaltig noch kostengünstig. Daher lehnen wir die Idee von EU-Geldern für die Laufzeitverlängerung von Kernkraftwerken ab.“ *Andreas Feicht, CDU-Politiker und Staatssekretär im Wirtschaftsministerium*

„Der Ausstieg wird wie geplant vollzogen.“ *Regierungssprecher Steffen Seibert*



► Illustration der Außenansicht eines Small Modular Reactor (SMR) der britischen Firma Rolls-Royce. Das Unternehmen wirbt mit Kostensenkung durch Massenproduktion – und mit einer Reduzierung des CO₂-Fußabdrucks durch Nutzung der Atomkraft. Angaben über die technische Umsetzbarkeit des Projekts gibt es nicht.



Atomkraft bringt's nicht!

Neue oder länger laufende AKWs schaden dem Klima mehr als sie nützen

Pro & Kontra Seit gut einem Jahr ist eine Debatte über den Wiedereinstieg Deutschlands in die Atomkraft, wenigstens aber eine Laufzeitverlängerung der noch betriebenen Meiler unüberhörbar. Konservative Kreise missbrauchen die Klimadebatte und die Notwendigkeit, den Ausstoß des schädlichen Kohlendioxids zu reduzieren. Doch wohin auch immer sich die Debatte um eine Renaissance der Atomkraft in den nächsten Monaten bewegen wird: Der wehmütige Blick der Atom-Befürworter zurück auf Zeiten, in denen in Deutschland knapp zwanzig Atomkraftwerke am Netz waren, wird unzulässig sein. Ein Abwägen der Pros und Cons der Kernkraft ist nur im Hier und Jetzt, nur vor dem Hintergrund des Status Quo zielführend. Andreas Conradt gibt den Pros ordentlich Kontra.

► Atomkraft macht Strom günstiger. Oder?

Befürworter eines neuerlichen „Zurück zum Atom“ wie der CDU-Politiker Michael Fuchs stellen den Verbraucher/-innen eine deutlich niedrigere Stromrechnung in Aussicht, wenn AKWs länger als bis 2022 betrieben werden dürften. Mit Belegen für ihre These der billigen Stromerzeugung sind die Befürworter allerdings meist zurückhaltend...

Ganz anders Professor Jürgen Karl, Leiter des Lehrstuhls für Energieverfahrenstechnik an der Friedrich-Alexander-Universität in Nürnberg. Mit einem Team von Wissenschaftlern hat er errechnet, dass die Energiewende schon deshalb Geld spart, weil jede andere Alternative noch teurer bezahlt werden müsste. Gas-, Kohle- und Atomkraftwerke sind heute fast alle am Ende ihrer Lebensdauer und müssten langwie-

rig und teuer durch neue Anlagen ersetzt werden. Die Fortführung der begonnenen Energiewende sei, so Prof. Karl, die deutlich günstigere Variante.

Ohne Windkraft und Photovoltaik hätte der Strom in den Jahren 2011 bis 2018 etwa 70 Milliarden Euro mehr gekostet.

Und auch das Massachusetts Institute of Technology (MIT) sieht die Herstellungskosten durch die Kernkraft (heute: 10 Cent pro kWh) steigend, während sie für Windstrom (4 Cent) und Strom aus Photovoltaik (7 Cent) kontinuierlich sinken.

Lukas Köhler, klimapolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, bringt es auf den Punkt: „Die Diskussion um Atomkraft poppt immer wieder auf. Aber marktwirtschaftlich ist Atomkraft heute undenkbar.“ Möglich wäre der Wiedereinstieg nur, wenn der Staat mit großem Engagement subventionieren würde.

So geschehen in England: Ein dort

neu entstehendes AKW wird vom britischen Steuerzahler mit insgesamt rund 100 Milliarden Euro bezuschusst.

Das Verhandlungsteam des Europäischen Parlaments hat indessen bei den Gesprächen um die Klassifizierung nachhaltiger Investments die Hürde dafür, dass die Nutzung der Atomkraft als nachhaltig angesehen und damit auch mit Fördermitteln rechnen könnte, sehr hoch angelegt. Nach Einschätzung von Experten so hoch, dass dieser Energieträger faktisch die Hürde reißt.

► Mit Atomkraft erreichen wir die Klimaziele. Oder?

Selbst wenn man dem Argument der AKW-Befürworter folgen möchte, dass die Nutzung der Kernenergie „weitgehend CO₂-frei“ ist, wird man bei weiterer Betrachtung feststellen, dass ein vollständiges Ersetzen der weltweit für Stromerzeugung,

Heizung, Mobilität und Industrie („Primärenergie“) eingesetzten fossilen Brennstoffe durch die Atomkraft gar nicht möglich ist. Rund achtzig Prozent dieser Primärenergie werden heute aus fossilen Ressourcen gewonnen, nur vier Prozent in Kernkraftwerken. Würde man die Primärenergie aus Atomkraft gewinnen wollen, müsste die Zahl der weltweit betriebenen AKWs mit 20 multipliziert werden. Zusätzlich zu den aktuell laufenden rund 440 Reaktoren müssten also weitere 8800 Kernkraftwerke gebaut werden. Und das in kürzester Zeit, denn Klimaforschern zufolge bleiben für die Abwendung des *Point of no Return* des Klimawandels weniger als zehn Jahre.

Und selbst wenn es gelänge: Laut der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) reichen die weltweiten Uranvorkommen für die derzeit eingesetzten Reaktortypen noch für 130 Jahre – bei der heutigen Zahl von Kernkraftwerken. Bei einer um den Faktor 20 erhöhten Zahl von Reaktoren, reicht der Brennstoff gerade mal für sechs bis sieben Jahre...

► Neue Reaktoren sind sicherer und sparsamer. Oder?

Die Aussage der OECD bezieht sich auf das in heutigen Reaktoren eingesetzte Uran-235. Firmen wie Bill Gates' Terrapower erforschen darum den so genannten Laufwellenreaktor (travelling-wave reactor, TWR), in dem – neben einer kleinen Menge angereichertem Uran-235 als „Anlasser“ – das viel häufiger vorkommende abgereicherte Uran-238, Natururan oder abgebrannte Brennelemente aus herkömmlichen Reaktoren eingesetzt werden können. Allerdings ist der Entwicklungsstand von Laufwellenreaktoren heute an einem ähnlichem Punkt wie der der Kernfusion: Theoretisch und auf Bill Gates' Super-Computern funktioniert das schon in den 1950er-Jahren erdachte Prinzip. Es gibt aber bis heute keinen existierenden Prototypen eines TWR. Professor Harald Lesch von der Ludwig-Maximilians-Universität München schätzt, dass beide

Technologien noch mindestens 20 Jahre Forschung und Entwicklung benötigen, um sie zur Marktreife zu entwickeln – Scheitern nicht ausgeschlossen. Bei einem Zeitfenster von nur zehn Jahren bis zum *Point of no Return* ist das für die Rettung des Klimas zu lang. Ein wenig aus der Zeit gefallen erscheint der Reaktortyp auch deshalb, weil er schwer regelbar und damit vorrangig zur Erzeugung von Grundlaststrom vorgesehen ist. TWR eignen sich kaum als Ergänzung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien.

In den TWR kann zudem aus physikalischen Gründen kein Wasser zur Kühlung und Moderation („Steuerung“) verwendet werden. Mit dem stattdessen eingesetzten flüssigen Natrium wiederum kann die Moderation des Reaktors nicht automatisch laufen, sondern muss permanent vom Personal geregelt und überwacht werden. Diese tausendfache potenzielle Störquelle könnte im schlimmsten Fall zu verheerenden Natriumbränden führen, die praktisch unbeherrschbar wären. Und apropos: Dass als Abfallprodukt der Laufwellenreaktoren waffenfähiges Plutonium entsteht, darf wohl zusätzlich als beunruhigend gelten.

► Kleine Reaktoren sind eine Innovation. Oder?

Für die häufig fragilen Stromnetze in den Ländern Afrikas und in Schwellenländern wie Indien oder den Staaten Südamerikas wäre der Bau einiger weniger, dafür aber großer und leistungsfähiger Atomreaktoren eine viel zu große Belastung. Häufige Stromausfälle wären die Folge – ein Bärendienst für die Menschen. An anderen Orten – Sibirien zum Beispiel – ist der Bau großer Anlagen logistisch gar nicht möglich. Um diesen Besonderheiten Rechnung zu tragen, aber auch, um der Atomkraft in den Industrienationen einen freundlicheren Anstrich zu geben, werden derzeit von Firmen wie Rolls-Royce so genannte Kleine Modulare Reaktoren entwickelt (small modular reactors, SMR). Dabei handelt es sich nicht um neue Reaktortypen, sondern



um die Konfiguration bestehender Systeme wie dem Leichtwasserreaktor, mit dem weltweit etwa 90 Prozent aller Kernenergie produziert wird (in Deutschland 100 Prozent), und dem TWR oder anderer Typen der 4. Generation von AKWs. Die Gefahren und Probleme der Leichtwasserreaktoren und beispielsweise des TWR werden durch die Verkleinerung und „Verpackung“ als SMR nicht verringert.

► Neue Reaktoren reduzieren den Atommüll. Oder?

Die von Firmen wie Terrapower behauptete Möglichkeit der Nutzung alter Brennelemente für den Betrieb von Laufwellenreaktoren sorgt immer wieder für die Fantasie, dass TWR Atommüll „fressen“ und unschädlich machen und die schiere Menge der hochradioaktiven Abfälle reduzieren können. Der Chemiker und Nuklearexperte Michael Sailer sieht das anders: „Das wird von den Proponenten wider besseres Wissen behauptet. Der Großteil der erzeugten Energie entsteht durch Kernspaltung. Damit ist untrennbar die Produktion von radioaktiven Spalt- und Aktivierungsprodukten verbunden, die im vorgeschlagenen Reaktorprozess nur in kleinerem Umfang wieder ‚verbrannt‘ werden. Es bleibt also eine Menge Atommüll.“

Schon heute entstehen weltweit rund 8300 Tonnen hochradioaktiven Abfalls (high active waste, HAW) jedes Jahr. Und das, obwohl es bis heute kein einziges Lager für den Strahlenmüll gibt. Auch die Schweden und Finnen

sind längst nicht so weit, wie dies vielfach kolportiert wird. Würde, wie eingangs erwähnt, die gesamte Produktion aus fossilen Ressourcen auf Atomkraft umgestellt werden, würden jedes Jahr 166 000 Tonnen HAW entstehen – eine schwere Bürde für die folgenden Generationen.

► Neue AKW sparen CO₂. Oder?

Die Klimabilanz eines AKW nachzuweisen ist eine schwierige Angelegenheit. Zwar wird im regulären Betrieb praktisch kein CO₂ erzeugt, der Ausstoß in der Kette aus Uranabbau und -anreicherung, Brennelementherstellung und -entsorgung und aus vielen Transporten über große Entfernungen ist aber, wenn auch kaum zu beziffern, durchaus erheblich. Genaugenommen ist der Nachweis aber auch gar nicht (mehr) nötig:

Um den weltweiten CO₂-Ausstoß auf ein Niveau zu reduzieren, das ein Einhalten der 1,5- oder wenigstens der 2-Grad-Grenze ermöglicht, müssten in den nächsten wenigen Jahren tausende Atomkraftwerke errichtet werden – inklusive Genehmigungsverfahren, Planung und Bau. Ein völlig unrealistisches Unterfangen, nimmt man die zwei europäischen Neubauten in Finnland und England zum Maßstab: Die Ausschreibung für den Bau des dritten Blocks des AKW Olkiluoto in Finnland begann 2003. Nach diversen Verzögerungen mit Nennung immer neuer Fertigstellungstermine rechnet der Betreiber Teollisuuden Voima OYJ (TVO) derzeit mit einem Beginn der kommerziellen Nutzung im Frühjahr 2021. In Olkiluoto war übrigens auch noch ein vierter Block geplant, doch die finnische Regierung lehnte im September 2014 eine vom Betreiber beantragte Fristverlängerung ab. Grund: TVO könne nicht garantieren, dass der vierte Reaktor jemals fertiggestellt wird ... Ein ähnliches Bild ergibt sich beim im Bau befindlichen dritten Block (Block „C“) des AKW Hinkley Point in England: Entscheidung im britischen Parlament im Jahr 2008, Baubeginn 2018, vorgesehene In-

betriebnahme 2025, Gesamtdauer mindestens 17 Jahre.

Die Lehre aus Finnland und England? Knapp 20 Jahre – ohne die Zeit für ein Genehmigungsverfahren und ohne nennenswerte Proteste – sind zu lang, um als Ersatz für fossile Kraftwerke dienen zu können.

► Andere Länder setzen auf Atomkraft. Oder?

Im Jahr 2019 ging die weltweit nuklear erzeugte Menge an Atomstrom im Vergleich zum Vorjahr leicht zurück. Sechs neue Reaktoren gingen ans Netz, neun wurden abgeschaltet. Alle neu in Betrieb genommenen Kraftwerke stehen in Staaten, in denen Protest unschicklich, gefährlich oder gänzlich unmöglich ist: Südkorea, Russland, China. Von einer bereits begonnenen Renaissance der Atomkraft kann also keine Rede sein.

► Ohne AKWs müssen wir Atomstrom importieren. Oder?

Dass Deutschland nach dem Abschalten aller AKWs in zwei Jahren eine Stromlücke droht, ist ein gern verwendetes Horrorszenario der Atomindustrie. Laut Bundesumweltministerium produziert Deutschland allerdings Strom im

zunehmenden Einspeisung aus erneuerbaren Energien.

Wir haben derzeit eine gesicherte Kraftwerksleistung von weit über 100 Gigawatt. Damit stehen selbst bei vollständigem Atomausstieg ausreichende Erzeugungskapazitäten zur Verfügung, um sicher die Maximallast von gut 80 Gigawatt in Deutschland bedienen zu können.

► Fazit

Im Rahmen der Klimadebatte werden neue Atomkraftwerke als Lösung für die Dekarbonisierung unserer Energieversorgung ins Spiel gebracht. Die Schweizerische Energie-Stiftung hat in einer Kurzstudie deren Realisierbarkeit untersucht und herausgefunden: Neue AKW sind sowohl hinsichtlich Zeit- als auch Kapitalbedarf und Finanzierung nicht realistisch und weisen klare Nachteile gegenüber erneuerbaren Energien wie der Photovoltaik auf.

Der Bau neuer AKW ist nicht nur nicht finanzierbar, er dauert auch mindestens zwei Jahrzehnte und bürdet involvierten Konzernen, dem Staat und den Steuerzahler/-innen ein großes finanzielles Risiko auf. Zudem verhindern neue AKW die erfolgreiche und rasche Etablierung der erneuerbaren Energien. Die Kurzstudie

Atomausstieg und Energiewende sind Chefsache.



Überfluss: Von den gut 610 Terawattstunden (TWh) Strom, die 2019 brutto in Deutschland produziert wurden (davon 75 TWh mittels Atomkraft), wurden im Inland lediglich gut 570 TWh verbraucht – knapp 40 TWh wurden als Überschuss exportiert. Das liegt in erster Linie am niedrigen Strompreis in Deutschland aufgrund bestehender Überkapazitäten und der

vergleicht den Bau eines neuen AKW mit dem Ausbau einer äquivalenten Produktionskapazität mittels Photovoltaik-Anlagen und kommt zum Schluss, dass zweiteres schneller, risikoärmer, mit geringeren staatlichen Mitteln und im Rahmen der von der Bevölkerung befürworteten Energiestrategie erfolgen könnte.





Ausstieg? Welcher Ausstieg?

Deutscher Atom Müll wird als Wertstoff nach Russland exportiert

Szene Mit großem Entsetzen und scharfer Ablehnung reagieren Anti-Atomkraft-Initiativen darauf, dass die Urananreicherungsfabrik Urenco in Gronau erneut erhebliche Mengen abgereicherten Uranmülls nach Russland exportiert.

Auch wenn demnächst wieder Castortransporte durchs Land rollen (Artikel S. 27): Viel öfter fahren Schiffe, LKW und Züge mit Uran quer durch die Welt – und täglich auch durch Deutschland. Versorgt werden damit Atomfabriken wie die Urananreicherungsanlage in Gronau und die Brennelementefabrik in Lingen, die Atomkraftwerke weltweit mit Brennstoff versorgen. Beide Anlagen sind nicht vom so genannten Atomausstieg betroffen und dürfen unbefristet weiter produzieren. Auch sie produzieren jede Menge Atom Müll – und der wird quasi in einer Gesetzeslücke entsorgt. Das haben Anti-Atomkraft-Initiativen aus dem Münsterland, Bonn und dem Wendland sowie der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) recherchiert. Danach exportiert der Gronauer Urananreicherer Urenco nach einer zehnjährigen Pause erneut erhebliche Mengen abgereicherten Uranmülls nach Russland. Insgesamt 12 000 Tonnen Uranhexafluorid (UF₆), das in Gronau sowie in den Schwesteranlagen Almelo in Holland und Capenhurst im Vereinigten Königreich in großen Mengen als Abfallstoff anfällt, sollen bis 2022 nach Novouralsk bei Ekaterinburg am Ural zur dauerhaften Lagerung verbracht

werden. Zwischen Mai und Oktober letzten Jahres wurden zunächst insgeheim 4200 Tonnen mit sieben Uranzügen zum Hafen Amsterdam verbracht, wo es per Schiff weiter ging nach St. Petersburg. Seit Oktober hat ein Bündnis aus Umweltgruppen – darunter die BI Lüchow-Dannenberg – mehrfach die Öffentlichkeit über die Transporte informiert. Die Aktivist/-innen sind zudem auch über die dubiose Rolle des Bundesumweltministeriums (BMU) bei dem Geheimdeal empört. In mehreren Schreiben und bei Treffen mit BMU-Vertretern hatten mehrere Anti-Atom-Initiativen und Verbände beim BMU explizit zum aktuellen Sachstand bei der Lagerung des abgereicherten Urans in Gronau nachgefragt. Die Antworten blieben in allen Fällen schwammig, ein laufender oder bevorstehender Export des Uranmülls nach Russland wurde vom BMU nicht thematisiert. „Diese offensichtliche (...) Desinformation seitens des BMU ist absolut inakzeptabel. Hier entsteht mit dem heutigen Wissen der Eindruck, als habe das Bundesumweltministerium gezielt versucht, den Export von abgereichertem Uranmüll von Gronau nach Russland so lange wie möglich geheim zu

halten. Im Endeffekt hat das BMU damit Urenco tatkräftig unter die Arme gegriffen, um eine öffentliche Debatte zu vermeiden.“

Mit dem Uran-Export umgehen Urenco und die deutschen Miteigentümer RWE und Eon die kostspielige und komplexe Endlagerung des Uranmülls in Deutschland – ein Verstoß gegen das Exportverbot für Atom Müll, der in Deutschland produziert wurde. Transporte dieser Art wurden vor zehn Jahren wegen massiver Sicherheitsbedenken gestoppt.

„Die klammheimliche Wiederaufnahme der Atomtransporte nach Russland ist ein Skandal!“, empört sich auch Greenpeace Atomexperte Heinz Smital. „Es kann nicht sein, dass Urenco unscharfe Gesetze missbraucht und dieses Material als Wertstoff deklariert. Uranhexafluorid ist radiologisch wie chemisch ein besonders gefährliches Abfallprodukt. Was am Ende übrig bleibt ist Atom Müll, den Urenco billig in Russland entsorgt und der dort die Umwelt belastet.“ Solange die Uranfabriken in Gronau und Lingen weiter in Betrieb sind, gebe es in Deutschland keinen vollständigen Atomausstieg. Smital: „Die Bundesregierung muss diese beiden Werke endlich stilllegen.“ (pm)

Gorleben muss raus!

Die Endlagersuche geht in eine vorentscheidende Phase



Gorleben Wenn die Bundesgesellschaft für Endlagerung gegen Ende des Jahres den so genannten Zwischenbericht vorlegt, könnte für Gorleben nach über vierzigjähriger Geschichte das Aus als Standort für ein Atommüll-Endlager kommen. Wolfgang Ehmke erläutert, warum das sogar so kommen muss.

Im Herbst wird die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) (Glossar: S. 25) einen vorentscheidenden Bericht auf den Tisch legen. In diesem „Zwischenbericht“ werden Gebiete aussortiert, die für die Endlagerung nicht in Frage kommen. Oder andersherum gesagt: Es werden Teilgebiete benannt, die näher untersucht werden sollen.

► Grundlagen für den Zwischenbericht

Dafür wertet die BGE zurzeit geologische Daten aus, die sie von den geologischen Landesämtern erhalten hat. Die Fülle – über eine Million Daten – täuscht über das Kernproblem hinweg: das sogenannte „Tiefendefizit“. Denn Bohrungen beispielsweise, die tiefer als 300 Meter reichten, gibt es gar nicht in Hülle und Fülle – die sind aber für die Endlagersucher/-innen von großer Bedeutung, weil laut dem Standortauswahlgesetz (StandAG) ein tiefeingeologisches Lager in Salz, Kristallin oder Ton die hochradioaktiven Abfälle aufnehmen soll.

Gesucht wird – im Politsprech – ein „bestmöglicher“ Standort. Im Gesetzestext wird das etwas anders benannt, dort wird eine Klassifi-

zierung von „günstig“ über „bedingt günstig“ bis „weniger günstig“ vorgenommen. Bleibt zu hoffen, dass mit „günstig“ ein „bestmöglicher“ Standort gemeint ist. Dabei sind von der BGE verschiedene Kriterien anzuwenden, die im Standortauswahlgesetz vorgegeben werden. Das sind zum einen die *Ausschlusskriterien* (zum Beispiel Vulkanismus, Erdbebengefahr, Störungszonen oder die Schädigung durch den Bergbau und Bohrungen) sowie die *Mindestanforderungen* an das Wirtsgestein (Mächtigkeit, Tiefe etc.). Darüber hinaus müssen in diesem ersten Verfahrensschritt aber auch die sogenannten geowissenschaftlichen *Abwägungskriterien* zur Anwendung gebracht werden. Ob über Salzgestein eine durchgängig wasserabschirmende Ton-schicht vorhanden ist, fällt unter die Abwägungskriterien. Fehlt diese, fiel dieser Standort unter die Rubrik „weniger günstig“.

► Ausweisung von Teilgebieten

Während der „Tage der Standortauswahl“ der BGE im Dezember 2019, dieser bundeseigenen Firma, die mit der Endlagersuche betraut ist, wurde klar, dass die Teilgebiete, die im Anschluss näher

unter die Lupe genommen werden sollen, zunächst weit gefasst werden. Kritiker/-innen befürchten, dass die Größe der Gebiete so gewählt werden soll, dass an möglichen Standorten nicht sofort Alarm geschlagen wird. Im nächsten Schritt werden die analogen Daten herangezogen, um die obertägig zu erkundenden Standorte zu benennen.

In der Zwischenzeit wird die „Fachkonferenz Teilgebiete“ tagen, die sechs Monate Zeit hat, um auf drei Sitzungen eine Stellungnahme zum Zwischenbericht abzugeben. Vieles ist noch ungeklärt. Die Zahl der Teilgebiete, deren Zugschnitt. Und die Verfahrensfragen sind ohnehin noch ungeklärt. Wie sollen kommunale Vertreter/-innen, Menschen aus Umweltverbänden und Bürgerinitiativen auf Augenhöhe mit Behördenvertretern und Wissenschaftler/-innen den Diskurs führen, ohne untergebuttert zu werden?

► Gorleben im Gesetzestext

Der Salzstock Gorleben-Rambow blieb nur im Suchverfahren, so wurde immer wieder beteuert, weil sonst das Standortauswahlgesetz mit der breiten Zustimmung durch die Unionspar-



teilen, die SPD und Bündnis 90/ Die Grünen nicht zustande gekommen wäre. Diese Kröte hat die Anti-Atom-Bewegung schlucken müssen. In Ergänzung zum sogenannten „iterativen“ Verfahren, das die möglichen obertägig und untertägig zu erkundenden Standorte Schritt für Schritt „einkreist“, wird im Paragraf 36 StandAG der besondere Status des bisherigen Endlagerstandorts Gorleben beschrieben. Er kann demnach in jeder Stufe des Auswahlverfahrens herausfallen, also auch schon in dieser ersten Stufe des Verfahrens. Die BGE nennt übrigens jenen Tag, an dem sie den Zwischenbericht vorlegt, den „Tag X“.

► Was gegen Gorleben spricht

Gegen die Eignung des Salzstocks Gorleben-Rambow spricht zum einen eine „aktive Störungszone“. Dazu gehört auch ein Einbruchsee in Rambow. Geologisch gesehen handelt es sich dabei um eine „holozäne Subrosionssenke“. Diese liegt zentral in einer durch Störungen begrenzten tektonischen Grabenzone, die nicht nur den See flankiert, sondern die sich mit Nordost-Südwest-Verlauf weiter Richtung Elbe erstreckt. Und schließlich gab es eine Vielzahl von „Bohrungen“, die nichts mit der Endlagersuche zu tun haben: aus der Zeit des „Kaliefiebers“ vor 100 Jahren, aus der Suche

nach Gas und Öl und als Folge hydrogeologischer Untersuchungen. Bohrungen eröffnen Wasserwege, über die radioaktive Partikel in die Biosphäre gelangen können. Es gibt also „Ausschlusskriterien“, die gegen Gorleben sprechen. Und es gibt ein „Abwägungskriterium“, das ist das fehlende Deckgebirge über dem Salz.

► Gorleben muss raus!

Die BGE hat angekündigt, dass sie in ihrem Zwischenbericht zum bisherigen Standort Gorleben Stellung nehmen wird. Das war bereits eine wichtige Weichenstellung. In dieser und den folgenden Ausgaben der Gorleben Rundschau liefern wir Argumente für das Ausscheiden des Salzstocks Gorleben-Rambow aus dem Suchverfahren – ohne den Blick für das gesamte Verfahren aus den Augen zu verlieren. Dazu bieten wir eine Veranstaltungsreihe an.

Den Anfang macht der Geologe Ulrich Kleemann mit seinem Beitrag zu den „aktiven Störungszone“. Dieter Schaarschmidt und Wolfgang Ehmke von der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI) geben einen Überblick zum Thema „Bohrungen“.

„Fällt Gorleben in dieser Stufe des vergleichenden Verfahrens heraus, würde das Suchverfahren enorm an Glaubwürdigkeit

gewinnen“, verlautet die BI. „Ob es soweit kommt, hängt auch von uns und unserem Engagement ab. ‚Verbalargumentativ‘ und ‚demonstrativ‘ mischen wir uns ein.“

► Fachkonferenz Teilgebiete

Doch selbst wenn Gorleben im dritten Quartal 2020 aufgegeben wird, bliebe das Wendland unmittelbar betroffen. So könnten Salzstöcke in unmittelbaren Nachbarschaft in den Fokus der Endlagersuche geraten wie im Raum Gülze-Sumte und Waddekath.

Im Anschluss an den Zwischenbericht tritt die „Fachkonferenz Teilgebiete“ lediglich dreimal innerhalb von sechs Monaten zusammen und soll eine Stellungnahme dazu erarbeiten.

Das erscheint der BI Lüchow-Dannenberg viel zu wenig und viel zu kurz. Sie fordert darum angemessene Fristen für die Arbeit der „Fachkonferenz Teilgebiete“ und Arbeitsmöglichkeiten für die Kommunen, Umweltinitiativen und die Zivilgesellschaft auf Augenhöhe und keine weitere Hinhaltetaktik. „Unter den gegebenen gesetzlichen Voraussetzungen erwarten wir, dass zum Salzstock Gorleben-Rambow im dritten Quartal 2020 klar Stellung genommen wird und dass der Standort bei der Benennung der Teilgebiete herausfällt.“





Teilgebiete ohne Gorleben

Eine Frage der Glaubwürdigkeit

Gorleben Wenn alles mit rechten Dingen zugeht, dann muss Gorleben als potenzieller Standort für ein Lager für hochradioaktiven Müll aus geologischen Gründen aus dem Endlagersuchverfahren ausscheiden. In einem Gastbeitrag erläutert Diplom-Geologe Ulrich Kleemann, warum der „Zwischenbericht Teilgebiete“ der Stresstest für das Standortauswahlverfahren ist.

Voraussichtlich gegen Ende 2020 soll durch die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) (**Glossar: S. 25**) der „Zwischenbericht Teilgebiete“ im Rahmen des Standortauswahlverfahrens für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle veröffentlicht werden. Darin werden die Gebiete Deutschlands dargestellt, in denen keine Ausschlusskriterien nach Paragraph 22 des Standortauswahlgesetzes (StandAG) vorliegen, die Mindestanforderungen nach Paragraph 23 erfüllt sind und die geologische Abwägung nach Paragraph 24 zu dem Ergebnis kommt, dass eine günstige geologische Gesamtsituation vorliegt.

► Ergebnisoffenes Verfahren?

Mit Spannung wird erwartet, wie die BGE mit dem Salzstock Gorleben in dieser Phase des Standortauswahlverfahrens umgeht. In einem ergebnisoffenen Verfahren wäre er aus dem weiteren Verfah-

ren auszuschließen, da ein Ausschlusskriterium nach Paragraph 22 StandAG erfüllt ist und zudem keine günstige geologische Gesamtsituation vorliegt. Verbliebe Gorleben dennoch als eines der Teilgebiete im Standortauswahlverfahren, würde dies die Glaubwürdigkeit des Verfahrens massiv in Frage stellen. Der Umgang mit dem Salzstock Gorleben ist somit der Lackmustest für die Ergebnisoffenheit des Standortauswahlverfahrens.

► Behörde ignoriert Fakten

Zur Erinnerung: Im November 2011 veröffentlichte ich meine im Auftrag der Rechtshilfe Gorleben erstellte Studie zur Bewertung des Standorts Gorleben. Anlass war die im März 2010 von der damaligen schwarz-gelben Bundesregierung verkündete Fortführung der untertägigen Erkundung des Salzstocks, die mich zur Kündigung meiner Tätigkeit als damals

für die Endlagerung zuständiger Fachbereichsleiter beim Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) bewogen hatte. Die Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) wurde mit der Erstellung einer Vorläufigen Sicherheitsanalyse beauftragt, die maßgeblich auf den geologischen Daten der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) aufbaute. Bei meinen Recherchen stellte ich zu meiner eigenen Verwunderung fest, in welchem Ausmaß die BGR als nachgeordnete Behörde des Bundeswirtschaftsministeriums systematisch alle gegen die Eignung von Gorleben sprechenden Fakten ignorierte oder durch Sprachungetüme soweit verkleisterte, dass nur noch Fachleute den wahren Kern der Aussagen erfassen konnten.

► Verschleierungs-Kauderwelsch

Als Beispiel für diese Verschleierungstaktik der BGR bringe ich

in meinen Vorträgen zum Stauen der Zuhörer gerne diese Zeilen aus der 2007 im Geologischen Jahrbuch veröffentlichten Standortbeschreibung Gorlebens:

„Ihre heutige Struktur (es geht um die Moho, also die Kruste-Mantel-Grenze, Anm. d. Autors) mit den markanten Schwellen- und Muldenstrukturen ist wahrscheinlich ein Ergebnis isostatischer Ausgleichsbewegungen ab Oberrotliegend, die im Zusammenhang mit tektonischen Ereignissen stehen....Somit spiegelt die Konturierung der Moho bedeutsame tektonische Events wider, die ihren Ausdruck sowohl in der postum Aktivierung von Bruchstörungen als auch der Faziesverteilung, besonders im Meso- und Känozoikum finden.“

Nichts verstanden? Hier ist wohl Absicht der Autoren zu vermuten. Ich übersetze für Nicht-Geologen: Die Kruste-Mantel-Grenze in rund 30 Kilometern Tiefe ist starken vertikalen Bewegungen unterworfen, die seit mindestens 260 Millionen Jahren andauern, tektonischen Ursprungs sind, Auswirkungen bis zur Oberfläche hatten und bis heute andauern!

► Aktive Störungszone

Wer käme auf die Idee, in einer erdgeschichtlich so aktiven Gegend ein Endlager zu errichten? Das StandAG definiert in Paragraph 22 „aktive Störungszonen“ als Brüche in den Gesteinsschichten der oberen Erdkruste wie Verwerfungen mit deutlichem Gesteinsversatz sowie ausgedehnte Zerrüttungszonen mit tektonischer Entstehung, an denen nachweislich oder mit großer Wahrscheinlichkeit im Zeitraum Ruppel bis heute, also innerhalb der letzten 34 Millionen Jahre, Bewegungen stattgefunden haben. Dieses Ausschlusskriterium „aktive Störungszone“ ist somit eindeutig erfüllt und Gorleben auszuschließen.

► Eiszeitliche Rinnen

Bisher zu wenig betrachtet wurden zudem durch die BGR die Arbeiten des früheren Leiters des

Brandenburger Landesamtes für Bergbau, Geologie und Rohstoffe, Werner Stackebrandt. Er spricht in mehreren Publikationen vom Elbe-Lineament als neotektonisch aktiver Senkungszone. Die Häufung von eiszeitlichen Rinnen in dieser Senkungszone ist demnach nicht zufällig, wie die BGR behauptet, sondern das Ergebnis von tektonisch bedingter Senkung und schwach kompakter Sedimente, die bei Eiszeiten leichter ausgeräumt werden können. Stackebrandt warnt vor einer sensiblen Nutzung in dieser Zone.

► Keine „günstige“ Situation

Es lassen sich noch viele weitere geologische Befunde nennen, die dem Salzstock Gorleben keine günstige geologische Gesamtsituation attestieren. Die Wahrscheinlichkeit einer gasführenden Schicht unter dem Salzstock ist gegeben. Der tektonische Ursprung des Salzstocks Gorleben konnte durch die bisherigen 2D-seismischen Erkundungen nicht sicher ausgeschlossen werden und ist vielmehr in Anbetracht der zahlreichen Bruchstörungen des Untergrundes eher als wahrscheinlich anzusehen. Das Vorhandensein einer übertiefen eiszeitlichen Rinne ist nicht Beweis einer besonderen „Robustheit“ (Aussage der BGR), sondern Ergebnis tektonischer Bewegungen.

► Bestrafung von Forschern

Meine damalige Recherche zeigte deutlich auf, wie wissenschaftliche Ergebnisse im Sinne einer politischen Doktrin umgedeutet werden können. Mehrfach wurden Kritiker der Eignung Gorlebens, wie der Geograf Eckhard Grimmel und der Geologe Professor Klaus Duphorn, diffamiert oder durch Streichung von Forschungsmitteln bestraft. Auch ich musste mich nach Veröffentlichung meiner Studie juristisch gegen ehrabschneidende Behauptungen zur Wehr setzen. In den für die Endlagerung zuständigen Organisationen herrschte ein Korpsgeist vor, der der Leitthese folgte, Gorleben sei ein Superstandort, um den uns die ganze Welt beneiden



Ulrich Kleemann ist Geologe und Politiker bei Bündnis90/Die Grünen. Er erstellte 2011 als selbstständiger Geologe im Auftrag der Rechts-hilfe Gorleben eine Expertise zum Standort Gorleben. Darin kommt Kleemann nach umfangreichem Literaturstudium zu dem Ergebnis, dass der Salzstock Gorleben in einem ergebnis-offenen Auswahlverfahren schon in einer frühen Phase ausscheiden muss.

Die angegriffene BGR konterte sofort: „Bei der Durchsicht der ‚Studie‘ wird deutlich, dass die darin enthaltenen Aussagen, mit denen vermeintliche Fehlinterpretationen der BGR belegt werden sollen, einer fachlich-inhaltlichen Überprüfung nicht standhalten.“

würde. Alles, was die positive Bewertung Gorlebens in Frage stellte, wurde ignoriert, verschwiegen oder kollektiv angegriffen. Kritiker innerhalb der Organisationen hatten es da schwer und griffen zu verschwurbeltem Fachjargon, um wenigstens die Fakten einmal benannt zu haben und weiter in den Spiegel schauen zu können. Inzwischen sind viele der Gorleben-Fans altersbedingt in den Ruhestand gegangen. Neue Organisationen, BGE und BASE, sind für die Standortsuche verantwortlich. Damit kann die Hoffnung verbunden werden, dass die unseligen Zeiten des Durchpeitschens eines ungeeigneten Standortes der Vergangenheit angehören. Der „Zwischenbericht Teilgebiete“ wird es im kommenden Herbst zeigen.



Ausschlusskriterium Bohrungen

Der Salzstock Gorleben ist nicht unverritzt

Gorleben Die Bundesgesellschaft für Endlagerung will bei der Ausweisung von Teilgebieten, die für die Endlagerung in Frage kommen, einen Abstand von 25 Metern zu ehemaligen Bohrungen halten. Zur Dokumentation der Bohrungen im Raum Gorleben hat auch die Bürgerinitiative Umweltschutz beigetragen. Von Wolfgang Ehmke

Der Kulturhistoriker Ulrich Reiff stieß bei seinen Recherchen zum „Kaliefieber“ zu Beginn des letzten Jahrhunderts darauf, dass wenigstens fünf Bergbaugesellschaften zwischen 1907 und 1929 „mindestens acht Tiefbohrungen auf Kali beziehungsweise Erdöl direkt im Bereich der Salzstruktur Gorleben-Rambow oder in deren unmittelbarer Nachbarschaft“ niedergebracht hatten. Teufen von 481, 840 und 1035 Metern wurden erreicht. Dabei wurden Bohrlöcher nicht ordnungsgemäß verfüllt, Reiff fand zum Teil chaotische Zustände vor, so blieb unter anderem wegen Insolvenzen das Bohrgestänge in den Bohrlöchern. Schon damals, so schließt Reiff aus den historischen Protokollen aus dem Jahr 1907, warnen Revierbeamte und Bergamt vor der „großen Gefahr durch eindringendes Wasser“.

In den Zwanzigerjahren wurde zudem versucht, am Rand des Salzstocks Erdöl zu finden. Dabei wur-

de bei Meetschow der Salzstock noch einmal angebohrt. 1957 wurde an der Norwest-Flanke des Salzstocks mit der Bohrung Gorleben Z1 unter dem Fuß des Salzstocks nach Erdgas gesucht. Mit den – für eine Endlagerung relevanten – negativen Ergebnissen befasste sich der Diplom-Geologe Dirk Weißenborn in seiner Studie „Gase in Salinar und Subsalinar des Salzstocks Gorleben“ im Jahr 2012).

► Bohrungen wurden gemeldet

Bohrungen auf der Suche nach Gas und Öl sowie hydrogeologische Bohrungen in den 60er Jahren des letzten Jahrhunderts runden die Bohrpalette ab. Diese Bohrungen bei Meetschow, Gorleben, Brünkendorf und Dünsche hat die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI) rechtzeitig bei der BGE angezeigt und später erfahren, dass diese auch seitens des geologischen Landesamtes

für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) in Hannover an den Vorhabensträger bei der Endlagersuche übermittelt wurden.

► Bohrungen der DDR

Am 25. Juli 1969 explodierte in Lenzen bei einer Tiefbohrung ein Gas-Gasolin-Gemisch, der Bohrstellenleiter verstarb, sechs weitere Arbeiter erlitten schwere Verbrennungen. Nachdem sich die Bohrung durch auskristallisiertes Salz zugesetzt hatte, gelang es, das ausströmende Gemisch abzufackeln, bis in den November hinein brannte es...

Es war nicht die einzige Bohrung, die in ehemaligen DDR-Sperrgebiet an der Grenze bis über 3000 Meter Tiefe in den Salzstock Gorleben-Rambow niedergebracht wurde. Auch die vorhergehende Bohrung 11/68 reichte so tief. Beide Bohrungen mussten wegen der unbeherrschbaren Bedingungen abgebrochen werden

und konnten nicht richtig verfüllt werden. Bei der Suche nach Erdgas wurde auch schräg 150 Meter bis unter die Elbe gebohrt und die DDR-Geologen stießen in 3264 Metern Tiefe auf Erdgas.

► Erkenntnis durch Explosion

Von den über 30 DDR-Gasbohrungen bis 3500 Metern Tiefe waren zwei Bohrungen gasföndig, die am nächsten zu Gorleben liegen: die bei Wootz direkt an der Elbe und die explodierte Bohrung beim Fähranleger Lenzen. Durch die Explosion des Bohrturmes wurde auch bekannt, dass der Salzstock an seiner Unterseite nicht, wie behauptet, gasdicht, sondern zerklüftet ist. Denn die Explosion geschah noch einige hundert Meter vor Erreichen der gasführenden Schicht unter dem Salzstock!

► Todesstoß für Atommülllager

Für Professor Klaus Duphorn dokumentierten diese DDR-Aktenfunde, dass Gorleben als Endlagerstandort endgültig ausscheidet. „Wenn bereits in 3300 Metern Tiefe im Salzstock größere Gas-Gasolin-Gemische anstanden, dann bedeutet dies für ein Atommülllager den Todesstoß“, zitierte der „General-Anzeiger“ im September 2010 den Kieler Geologen. Duphorn hat die Bohrprotokolle gesichtet und sieht belegt, „dass sowohl im geplanten Einlagerungshorizont zwischen 800 und 1200 Metern Tiefe als auch im Bereich bis über 3000 Meter Tiefe dicke, zerklüftete Anhydritschichten für eine Durchlässigkeit von Wasser und Lauge als auch Gasen und flüssigen Kohlenwasserstoffen sorgen können.“ Damit sei das geplante Endlager durch Gebirgsschlag gefährdet.

► Gorleben nicht unverritzt

Zählt man, wie es wissenschaftlich geboten ist, die Gasbohrungen auf der „anderen Elbseite“, also im Bereich der ehemaligen DDR, zu all den Bohrungen im Raum Gorleben hinzu, dann ist der Salzstock Gorleben-Rambow von einem Bohrlochteppich überzogen – unverritzt ist er nicht.

Es geht bei dem Thema „Bohrungen“ aber nicht nur um eine Abstandsregel, also nicht nur um mögliche Wasserwegsamkeiten, über die radioaktive Partikel in die Biosphäre ausgetragen werden können. Es geht auch um eine Diagnostik, denn allein die Ergebnisse der Gasbohrungen ermöglichen einen tiefen Einblick in die Beschaffenheit des Salzstocks Gorleben-Rambow. Deshalb ist es mehr als angebracht, auf Professor Duphorns Stellungnahme hinzuweisen.

► Daten aus der Erkundung

Wichtig sind deshalb auch die Bohrungen, die zur Erkundung des Salzstocks niedergebracht wurden. Die BGE hatte auf eine Anfrage der BI, wie mit den bisherigen Daten zu Gorleben umgegangen wird, bereits im Mai 2019 erklärt: „Das bedeutet für die derzeitige Phase des Standortauswahlverfahrens, dass als Datenbasis für die Ermittlung der Teilgebiete, die von den Behörden des Bundes und der Länder zur Verfügung gestellten Geodaten dienen. Bei den Geodaten, die durch die Behörden zur Verfügung gestellt werden bzw. wurden, wird es sicherlich auch um solche handeln, deren Ursprung die Erkundung Gorlebens ist.“

Ein Sprecher der BI betonte daraufhin: „Daran werden wir den Zwischenbericht der BGE messen.“



► Glossar

BGE

Die **Bundesgesellschaft für Endlagerung** ist designierter Vorhabenträger und Betreiber von Endlagern für radioaktive Abfälle. Sie gehört zum Geschäftsbereich des Bundesumweltministeriums. Genehmigungs- und Aufsichtsbehörde ist das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE).

BASE (ehem. BfE)

Das **Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung** ist eine Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesumweltministeriums. Es ist für die Genehmigung, Aufsicht und Regulierung in den Bereichen End- und Zwischenlagerung sowie für den Umgang und Transport von radioaktiven Abfällen zuständig.

BfS

Das **Bundesamt für Strahlenschutz** ist eine Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesumweltministeriums. Zu den Aufgaben zählen die Sicherheit und der Schutz von Mensch und Umwelt vor Schäden Strahlung.

GRS

Die **Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit** ist eine Forschungs- und Sachverständigenorganisation. Sie bewertet und verbessert die Sicherheit technischer Anlagen. Ihr Schwerpunkt liegt auf den Gebieten der nuklearen Sicherheit und der Entsorgung radioaktiver Abfälle.

BGR

Die **Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe** ist eine Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundeswirtschaftsministeriums und fungiert als zentrale geowissenschaftliche Beratungseinrichtung. Die BGR ist auch als Forschungsinstitut tätig und bearbeitet u.a. die Geologie der kontinentalen, marinen und Energierohstoffe sowie der Bodenkunde.

LBEG

Das **Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie** ist eine niedersächsische Fachbehörde und dem niedersächsischen Wirtschaftsministerium nachgeordnet. Es unterstützt im Zusammenhang mit Bergbau, Energie und Geologie.

StandAG

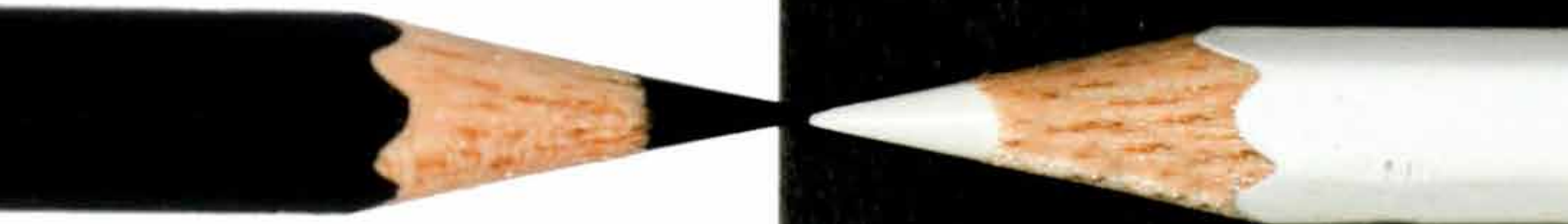
Gesetz zur Suche und Auswahl eines Standortes für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle (**Standortauswahlgesetz**)

links: Gasprobebohrung bei Tarmitz im Wendland, um 1966

oben links: Schacht Rudolf, Kaliwerk Teutonia bei Schreyahn im Wendland, 1916

Endlager für Atommüll gesucht

Veranstaltungen in Lüchow und Dannenberg



Wir nehmen das Suchverfahren unter die Lupe und laden im Frühjahr zu zwei Veranstaltungen ein

6. März um 19 Uhr im Ratskeller, Lüchow

**Das Verfahren läuft.
Aber läuft es auch gut?**

Was braucht man für ein „selbsthinterfragendes, lernendes System?“ Professor Oliver Sträter berät zu diesem Thema unter anderem die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) und berichtet uns auf einer öffentlichen Veranstaltung von seinen Einsichten und Erfahrungen.

Der Querdenker Sträter stellt sich mit dem analytischen Blick eines Arbeitspsychologen der Frage, was für ein lernendes Verfahren erforderlich ist. Dabei verliert er nicht aus den Augen, dass der steinige Weg der Endlagersuche von Vertrauensverlusten gesäumt ist.

„Es ist immer der Mensch, der Systeme und organisatorische Abläufe steuert.“

In seinem lebendigen Vortrag macht Sträter auch am Beispiel von Boeing deutlich, wie wichtig eine offene Kommunikationskultur, Rücksprünge und lernende Systeme für eine erfolgreiche Gestaltung von Prozessen sind.

6. März um 19 Uhr im Ratskeller, Lüchow

Prof. Dr. phil. habil. Oliver Sträter, Fachbereich Maschinenbau Universität Kassel, Leiter des Fachgebiets „Arbeits- und Organisationspsychologie“

29. April um 19 Uhr in der Alten Post, Dannenberg

**Gelingsbedingungen
bei der Endlagersuche**

Was ist notwendig, um ein Endlager für hochradioaktive Abfälle in Deutschland zu finden? Welche Rolle spielt in diesem Prozess die Zivilgesellschaft? Dr. Achim Brunnengräber sagt dazu kurz und bündig: „Eine ganz gewichtige.“ Denn es geht um Fragen von Akzeptanz, Gerechtigkeit und Partizipation. Wie in der Vergangenheit, ohne den intensiven Dialog, mit Trickereien, ohne Rechtsschutz und im Zweifel mit repressiver Staatsgewalt kann das nicht gelingen. Der Zivilgesellschaft kommt aber nicht nur eine Wächter- und Beraterfunktion zu. Sie muss auch aktiv in Entscheidungsprozesse eingebunden werden.

Wie dies aussehen kann, wird in dem neuen Forschungsprojekt TRANSENS untersucht. In dem transdisziplinären Projekt werden vielfältige Formate entwickelt und erprobt, um Bürger/-innen aktiv an der Forschung zu beteiligen. TRANSENS steht für „Transdisziplinäre Forschung zur Entsorgung hochradioaktiver Abfälle in Deutschland“ und wird vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) und dem Niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kultur (MWK) gefördert.

29. April um 19 Uhr in der Alten Post, Dannenberg

Brunnengräber ist Privatdozent im Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften der FU Berlin. Dort leitet er am Forschungszentrum für Umweltpolitik (FFU) das Teilprojekt von TRANSENS: Dialoge und Prozessgestaltung in Wechselwirkung von Recht, Gerechtigkeit und Governance (DIPRO). Er hat im Vorhaben „Konzepte und Maßnahmen zum Umgang mit soziotechnischen Herausforderungen bei der Entsorgung radioaktiver Abfälle“ (SO-TEC-radio) mitgewirkt und Bücher wie „Problemfälle Endlager“ (Nomos 2016) und „Ewigkeitslasten“ (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung 2019, Band 10361) veröffentlicht.

Castor-Alarm!

Strahlung In diesem Frühjahr droht ein Atommülltransport, der aus der britischen Wiederaufarbeitungsanlage Sellafield ins Zwischenlager im hessischen Biblis rollen soll. Atomkraftgegner/-innen mobilisieren jetzt zu Protesten, denn dieser Transport ist gefährlich und letztlich unsinnig. Jan Becker erklärt warum.

Erstmals nach vielen Jahren sollen wieder Castor-Transporte aus den Plutoniumfabriken in Sellafield in England und aus La Hague in Frankreich nach Deutschland rollen. Gemäß der bereits 2015 von der Bundesregierung mit den Energiekonzernen ausgehandelten Vereinbarung ist der Zielort nicht mehr Gorleben. Die 21 Behälter werden auf vier Atomstandorte, nämlich in die so genannten „Standort-Zwischenlager“ nach Biblis, Philippsburg, Isar und Brokdorf verteilt.

Der erste dieser Transporte soll bereits im Frühjahr stattfinden. In Sellafield werden die Behälter mit dem hochradioaktiven Atommüll für den Transport nach Biblis beladen. Am 9. Oktober 2019 fand bereits ein Castor-Probetransport nach Biblis statt. Am 23. Dezember 2019 wurde die Aufbewahrung der hochradioaktiven Brennelemente im Zwischenlager Biblis genehmigt. Die Transportgenehmigung werde „mit Priorität“ bearbeitet, heißt es aus der zuständigen Behörde. Es könnte also schon bald Ernst werden.

Aus La Haguesollen 2020 oder 2021 weitere Behälter nach Philippsburg rollen, es folgen Transporte aus Sellafield 2023/2024 nach Isar und Brokdorf. Für viele Menschen ist der deutsche Atomausstieg be-

schlossene Sache. Doch sechs Reaktoren laufen noch. Die Frage ist, ob durch das Abwürgen der Energiewende Sachzwänge geschaffen werden, um deren Weiterbetrieb über die vorgesehen Stilllegungsdaten hinaus zu erzwingen. Die Auseinandersetzung um die Atomkraft hat gerade wieder Fahrt aufgenommen. Derzeit wird nicht der Klimakatastrophe gegengesteuert, sondern die Energiewende sabotiert. Deshalb heißt es präventiv: Castor-Stopp meint auch Atomkraft-Stopp!

► Ausdruck von vergurkter Politik

Die Transporte sind unsinnig, weil sie an ihrem neuen Bestimmungsort mit Sicherheit langfristig nicht bleiben werden. Es gibt in Deutschland bisher kein wirklich vertretbares Konzept für den vorhandenen, hochradioaktiven Atommüll. Zwar wird bekanntlich „neu gesucht“, doch das Suchverfahren ist mit vielen Fehlern behaftet. Eine Option ist: Gorleben bleibt der Notnagel im Fall des Falles, dass die Endlagersuche scheitert. Folglich wird die hochgiftige Fracht für mindestens die nächsten Jahrzehnte in den Zwischenlagerhallen abgestellt bleiben. Klar ist heute schon, dass die zeitlich begrenzten Genehmigungen für die Zwischenlagerung nicht ausreichen werden.



Jeder Transport bedeutet auch das Risiko von Unfällen, Sabotage oder Anschlägen. Ein Castor-Behälter ist nicht „absolut sicher“, wie es die Betreiber immer behaupten. Ihrer Konstruktion liegen unrealistische Unfallszenarien zugrunde, so dass von großflächiger Verseuchung bei einem schweren Unfall mit Freisetzung des Inventars ausgegangen werden muss. Risikominimierung bedeutet Transporte-Stopp!

► Zwischenlagerung hochradioaktiver Abfälle gescheitert

„Das Zwischenlager-Konzept in Deutschland ist gescheitert“, heißt es in einem gemeinsamen Positionspapier vieler Anti-Atom-Initiativen. Die bestehenden Zwischenlager entsprechen nicht den notwendigen Sicherheitsanforderungen und sind für den absehbar langen Zeitraum, in dem der Müll zwischengelagert werden muss, gar nicht ausgelegt. Exemplarisch dafür steht das Zwischenlager am AKW Brunsbüttel, dem gerichtlich die Genehmigung wegen erheblicher „Ermittlungs- und Bewertungsdefizite“ entzogen wurde. Was es braucht, ist unter anderem ein neues Konzept für eine längerfristige Zwischenlagerung der insgesamt 1900 Castorbehälter.

Ständig aktualisierte Infos zum Tag X in Biblis gibt es im Netz unter: www.castor-stoppen.de

KURVE Wustrow: 40 Jahre Training für Gewaltfreiheit

Geschichte Heute kennen viele die KURVE Wustrow vor allem als internationale Friedensorganisation – doch kaum jemand weiß, dass die Wurzeln dieses Vereins darin lagen, Gewaltfreiheit im Gorleben-Widerstand konkret zu diskutieren, zu trainieren und zu verwirklichen. Ein Bericht von Angelika Blank.

Zwischen Gorlebentreck und Besetzung des Bohrplatzes 1004 konkretisierte sich die Idee, Methoden und Formen gewaltfreien Widerstands in einem Bildungszentrum zu vermitteln. Zu dieser Zeit gehörten Diskussionen über Gewaltfreiheit im Widerstand zu jedem Treffen der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI). Während die einen bezweifelten, dass gewaltfreie Aktionen jemals zum Erfolg führen würden, war es für die anderen undenkbar, eigene Ziele mit Gewalt durchzusetzen. Die gewalttätigen Auseinandersetzungen um das AKW Brokdorf im Jahre 1976 standen wie ein Schreckgespenst über den Diskussionen.

Für den Konflikt- und Friedensforscher (und Gründer der ‚Graswurzelrevolution‘) Wolfgang Hertle war es zu diesem Zeitpunkt keine Frage, dass Gewaltfreiheit im Widerstand zum Erfolg führen kann. Er hatte im französischen Larzac fasziniert erlebt, wie ein ganzes Dorf zehn Jahre lang gewaltfrei gegen die Ausweitung eines Militärgeländes kämpfte – letztendlich mit Erfolg. 1981 wurde das Projekt vom neuen Präsidenten Francois Mitterrand eingestellt.

Hertle auf der Jubiläumstagung der KURVE Wustrow im November 2019: „Der erfolgreiche Protest gegen das AKW Wyhl war für uns eine Bestätigung, dass Widerstand durch Gewaltfreiheit erfolgreich sein kann. In Brokdorf ist der Protest dann gescheitert – wegen der Gewalt. Die Auseinandersetzungen über die Gewaltfrage gingen im Landkreis weiter. Immer wieder brandete die Gewaltdiskussion bei den Trebeler Treffen hoch. Für die BI wurden wir da zum Teil als Puffer gegen diejenigen benutzt, die in Brokdorf dabei waren. Aber das war labil. Nicht alle in der BI konnten sich mit dem Konzept der Gewaltfreiheit anfreunden.“



► Namensgebend für den Verein war die Lage der Bildungs- und Begegnungsstätte in einer engen Kurve der Wustrower Kirchstraße.

Margrit Albers, die kurz zuvor eine Diplomarbeit zu Gewaltfreiheit im Widerstand geschrieben hatte, wurde ebenfalls schnell ein Mitglied der Gründungsgruppe der KURVE Wustrow. Sie hatte von der Initiative zur Gründung einer Bildungsstätte von ihrem Professor, dem Politikwissenschaftler und Soziologen Theodor Ebert, gehört. Bei den BI-Treffen musste sie allerdings die Erfahrung machen, dass „Gewaltfreiheit“ unter den wendländischen Widerständler/-innen längst noch keine gemeinsame Basis war. „Bei den Treffen der BI in Trebel wurden wir schräg angeguckt. Da galten wir als ‚Gewaltvermeider‘“, so Margrit Albers’ Erleben der damaligen Treffen.

„Auf den Treffen der BI wurde immer wieder deutlich, dass gewaltfreie Aktion keine Selbstverständlichkeit ist“, so Wolfgang Hertle. „Neben der Skepsis, dass das Erfolg haben könnte, fehlten auch Methoden und Formen.“ Die Idee, ein Bildungszentrum zu gründen, in dem Methoden und Aktionsformen gewaltfreien Widerstands diskutiert, entwickelt und umgesetzt werden konnten, nahm immer mehr Form an. Der Name des 1979 gegründeten Vereins beschrieb klar den Auftrag: „Bildungs- und Begegnungsstätte“ für gewaltfreie Aktion.“ Es war nicht nur Hertle, der an Methoden für gewaltfreie Aktionen arbeitete. In der ganzen Bundesrepu-

blik hatten sich seit Mitte der 70er Jahre verschiedene Arbeitsgruppen zusammengefunden, die letztendlich zu der Erkenntnis kamen, dass es einen Ort brauchte, an dem Methoden und Formen für gewaltfreien Widerstand vermittelt werden. In einem Urlaub in Dänemark 1979 konkretisierten dann Harmen Storck, Theodor Ebert und Wolfgang Hertle das Konzept für eine „Bildungs- und Begegnungsstätte für gewaltfreie Aktion“

Den noch im gleichen Jahr veröffentlichten Gründungsauftrag (verbunden mit der Bitte um Unterstützung) unterschrieben dann über hundert Engagierte, darunter so prominente Vertreter/-innen aus Politik, Kultur und Kirche wie Ernst Ulrich von Weizsäcker, Dorothee Sölle, Carl Amery, Robert Jungk, Petra Kelly oder Martin Niemöller. Auch wendländische Gorlebengegnerinnen wie Rose Fenselau und Marianne Fritzen gehörten zu den Unterzeichner/-innen.

Die in dem Gründungsauftrag formulierten Zielsetzungen gelten heute noch: „Förderung von Theorie und Praxis der gewaltfreien Aktion zum Abbau direkter wie struktureller Gewalt in der Gesell-

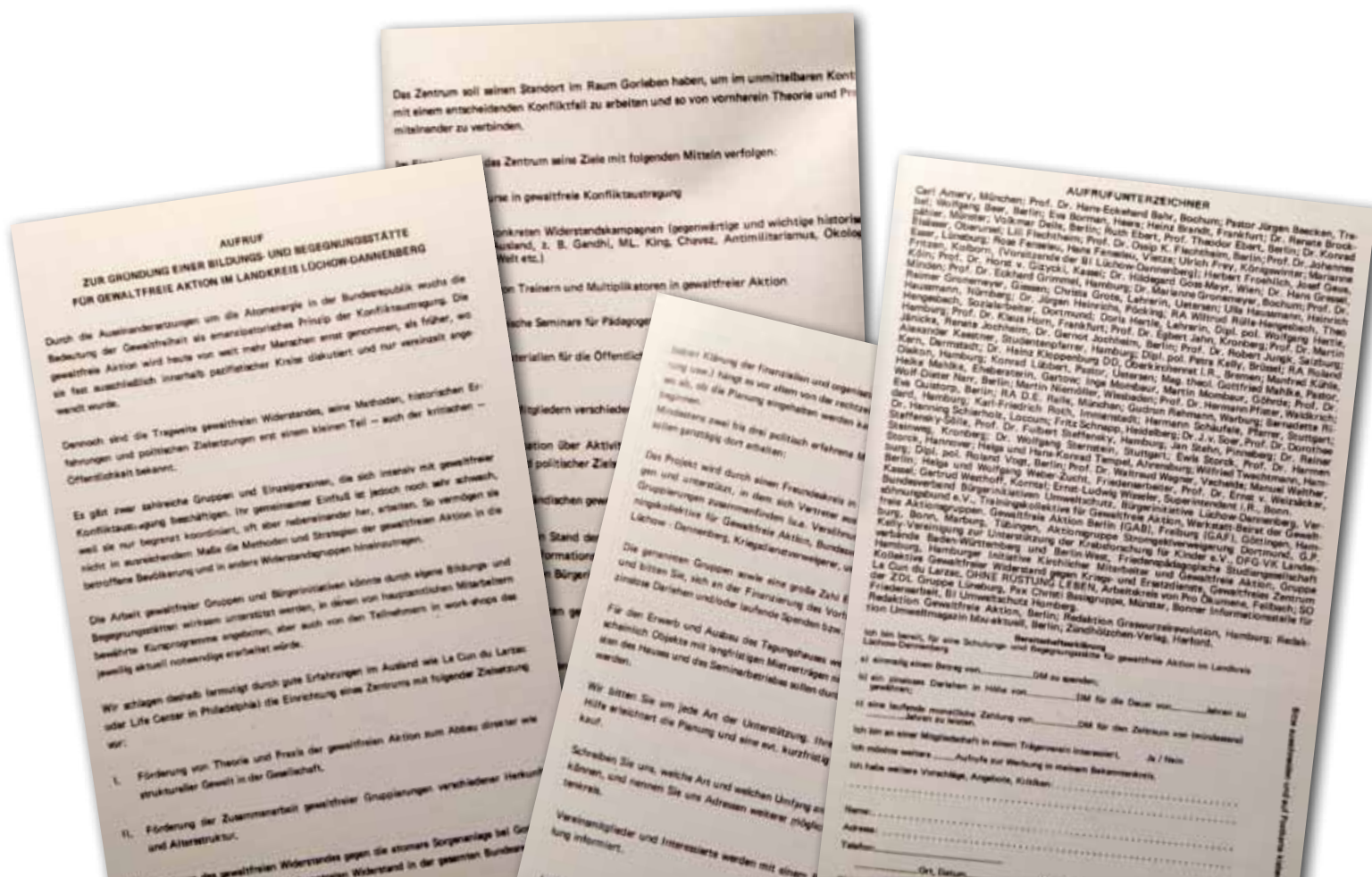
schaft, Förderung der Zusammenarbeit gewaltfreier Gruppen verschiedener Herkunft und Altersstruktur, Stärkung des gewaltfreien Widerstandes gegen die Entsorgungsanlage bei Gorleben sowohl vor Ort als auch im dezentralen Widerstand in der gesamten Bundesrepublik.“

Dass das Zentrum der neuen Bildungsstätte im Wendland liegen würde, war Ergebnis einer monatelangen Diskussion. „Frankfurt stand lange hoch im Kurs“, so Hertle auf der KURVE-Jahrestagung. „Wir entschieden uns dann doch für das Wendland, weil uns klar wurde, dass die Realität hier von dem großen Konflikt um die Atomanlagen in Gorleben dominiert wird und dieser Konflikt noch sehr lange anhalten würde.“

Der Konflikt- und Friedensforscher Reiner Steinweg (Gründungsmitglied der KURVE Wustrow und zeitweise Mitvorsitzender), der 1979 noch an der Universität Frankfurt arbeitete: „Es war total einsichtig, eine solche Einrichtung an einem Ort zu machen, der zu einem größten Konfliktpunkt der damaligen BRD geworden war.“ Also entschieden sich die Gründer/-innen

für das Wendland als Standort. 1980 war ein Haus gefunden – in Wustrows Kirchstraße. Doris und Wolfgang Hertle, Margrit Albers und ihr damaliger Ehemann Udo Emse wagten es, das völlig heruntergekommene Haus mit ihren Kindern zu beziehen und in Stand zu setzen.

In der Bevölkerung waren die Reaktionen auf das „linke“ Projekt sehr gemischt. „Viele beäugten uns misstrauisch oder mit offener Ablehnung“, so Margrit. Es gab zwar immer wieder auch Sympathiebeweise, doch von der Kommunalpolitik wurde die Initiative vehement abgelehnt. „Es gab eine Stadtratssitzung“, erzählte Wolfgang Hertle. „Da sagte der Bürgermeister „Jetzt kommen die Kanaken auch noch nach Wustrow“. Und das war nicht das einzige Mal, wo er seinen Unmut äußerte.“ Unterstützung oder gar finanzielle Hilfe waren damals undenkbar. Diese Zeiten sind längst vorbei. Die „KURVE Wustrow“ ist heute nicht nur aktiver Teil des wendländischen Widerstands, sondern auch ein anerkannter Partner für Projekte im internationalen Zivilen Friedens- und Freiwilligendienst und für soziale Bewegungen.





Das Schaf, dein Freund und Helfer

Portrait Wollpullover sind ökologisch besser als Kleidung aus Kunstfaser, müssen wir nicht drüber reden, oder? Doch! Denn Pulli ist nicht gleich Pulli. Erst wenn Tierwohl, Regionalität und Verarbeitung in ökologischem Einklang stehen, kann von einem nachhaltigen Produkt gesprochen werden. Andreas Conradt hat sich's von Martina Meyer erklären lassen.

Klar, es geht um Wollprodukte, um Teppiche, zum Beispiel, um Sitzkissen oder Pullover. Die möchte Martina Meyer aus Schuttschur an Mann und Frau bringen, damit möchte sie ihren Lebensunterhalt erwirtschaften, dafür sitzt sie oft tage- und nächtelang am Webstuhl und arbeitet Aufträge ab. Und haut nebenbei Sätze raus wie: „Mir geht es nicht darum, die Zeit zurückzudrehen, sondern Wissen und Techniken zu bewahren, mit denen wir regionale Ressourcen klimaschonend nutzen können.“ Ist klar, denkt man, Wolle statt Polyester. Soll ja besser sein für die Umwelt. Und das stimmt auch, aber es ist nicht, was Martina meint.

„Gerade hier in Norddeutschland haben wir Millionen von Scha-

fen. Sie bewähren sich zum Beispiel in der Deichpflege. Ihre Wolle aber wird fast vollständig vernichtet, allenfalls als Dünger untergepflügt.“ Für fertige Produkte wird dagegen fast ausschließlich neuseeländische und australische Wolle verwendet. „Die ist feiner, hat aber, bis sie als Pulli im Regal liegt, einen enormen CO₂-Fußabdruck produziert.“ Dem will Martina ein regionales Modell entgegensetzen – was gar nicht so leicht ist:

„Die gesamte Wertschöpfungskette findet so regional, wie nur irgend möglich statt. Artgerechte Tierhaltung und der unschädliche Umgang mit Natur und Lebewesen sind hier selbstverständlich. Trotzdem lassen sich Transporte nicht ganz vermeiden.“ Noch nicht.

Derzeit nämlich muss Martina selbst Wolle von hiesigen Schafen quer durch Deutschland fahren. Die Infrastruktur fürs Kardieren, Waschen, Färben und Spinnen wurde in Deutschland aufgegeben als einst die Verlagerung von Textilunternehmen ins Ausland stattfand. Nur sehr langsam und in kleinem Stil kehrt zurück, was vor 200 Jahren an jeder Ecke zu finden war. Da sind Kooperationen mit anderen Wollverarbeiter/-innen ein probates Mittel, diese Infrastruktur relativ schnell und wirtschaftlich tragbar im nahen Umfeld wieder zu etablieren. Martina webt eben nicht nur Wolle, sondern auch ihr Netzwerk: zum Hühbeck, nach Walmsburg, nach Hessen und ins Allgäu. „Immer noch viel besser als Trans-

porte aus Neuseeland. Und wer weiß: Vielleicht können wir hiesigen Wollverarbeiter demnächst ja auch hier kardieren und spinnen.“ Das Ökologische am Wollteppich beginnt aber viel früher: Hier lebende Schafe, insbesondere die alten, vom Aussterben bedrohten Rassen, sind perfekt an die hiesigen klimatischen Bedingungen angepasst. Das ist ein großer Vorteil, wenn Martina Kleidung und Teppiche „für hier“ herstellt. Schafe sind zudem naturfreundliche Landschaftspfleger. Wo sie weiden, erhalten Schafe wichtige Lebensräume für die Artenvielfalt von Pflanzen, Insekten und Vögeln.

„Mein Projekt zeigt“, sagt Martina, „dass es vergleichsweise einfach ist, dem ‚Immer-Weiter-So‘ etwas entgegen zu setzen.“ Konventionelle Textilherstellung geschehe heute überwiegend in China und Indien – unter Verwendung von Wolle aus Übersee. Nicht so in Schuttschur: Martina achtet auf regionale Wertschöpfung und ethisches Wirtschaften. Schäfereien werden genauso gestärkt wie die wenigen traditionellen und familiengeführten, kleinen Handwerks- und Industriebetriebe der Rohwoll-Verarbeitung. Auch angemessene Bezahlung des Rohstoffs und der Arbeit sowie der schonende Umgang mit Ressourcen in Bezug auf Klima- und Umweltverträglichkeit sind Martina eine Herzensangelegenheit. Und die Perspektive? „Raus aus den roten Zahlen, rein in den Aufbau einer wendländischen Wollverarbeitungskette!“



Fotos: PubliXviewing, Privat, Joachim Scholz

► Besuch im BI-Büro in Lüchow: Ein Herr wollte eine Fahne haben. Er äußerte, dass die Fahne in die USA ginge – dort hätten ja alle *Stars and Stripes* an ihren Häusern.

Er hat nun die Wendlandsonne an seinem Haus in Florida hängen und „konnte schon ein Reihe von Diskussionen anstoßen“.





Wir nehmen das Suchverfahren unter die Lupe und laden im Frühjahr zu zwei Veranstaltungen ein

6. März, 19 Uhr, Ratskeller, Lüchow

Das Verfahren läuft. Aber läuft es auch gut?

Was braucht man für ein „selbsthinterfragendes, lernendes System?“ Professor Oliver Sträter berät zu diesem Thema unter anderem die Bundesgesellschaft für Endlagerung und berichtet uns auf einer öffentlichen Veranstaltung von seinen Einsichten und Erfahrungen.

29. April, 19 Uhr, Alte Post, Dannenberg

Gelingsbedingungen bei der Endlagersuche

Was ist notwendig, um ein Endlager für hochradioaktive Abfälle in Deutschland zu finden? Welche Rolle spielt in diesem Prozess die Zivilgesellschaft? Dr. Achim Brunnen-
gräber sagt dazu kurz und bündig: „Eine ganz gewichtige.“
Denn es geht um Akzeptanz, Gerechtigkeit und Partizipation.

Liebe BI, jetzt will ich auch was tun!

Name..... Vorname.....
Straße..... Hausnummer.....
PLZ, Ort..... E-Mail.....
Datum..... Unterschrift.....

☐ Ich möchte eins von über 1000 Mitgliedern der BI werden. Bitte schicken Sie den Aufnahme-
antrag per Post oder E-Mail (Jahresbeitrag Standard: € 50; Familie: € 60; reduziert: € 15).

☐ Ich möchte die „Gorleben Rundschau“ künftig regelmäßig (6 x im Jahr) und weiteres Info-
material unregelmäßig zugeschickt bekommen (jew. kostenlos).

☐ Ich unterstütze Sie mit einer (regelmäßigen) Spende. Bitte buchen Sie von meinem Konto ab:

☐ einmalig EUR

☐ monatlich EUR

Kontoinhaber..... Name der Bank.....

BIC..... IBAN.....

☐ Ich möchte Ihnen meine Spende lieber per Überweisung oder Dauerauftrag zukommen lassen:

BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. • Sparkasse Uelzen Lüchow-Dannenberg

IBAN: DE24 2585 0110 0044 0607 21 • BIC: NOLADE21UEL

Bitte das ausgefüllte Formular per Post an:

BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, Rosenstraße 20, 29439 Lüchow

